

Anthony B. Atkinson, Peter M. Huber, Harold James, Fritz W. Scharpf (Hg.), Nationalstaat und Europäische Union. Eine Bestandsaufnahme. Liber Amicorum für Joachim Jens Hesse, Baden-Baden (Nomos) 2016, 396 S., ISBN 978-3-8487-1709-5, EUR 98,00.

rezensiert von/compte rendu rédigé par
Werner Bühner, München

Das zu Ehren des Politik- und Verwaltungswissenschaftlers Joachim Jens Hesse publizierte Buch handelt von einem Problem, dessen Aktualität außer Frage steht: Wie verhalten sich Nationalstaat und Europäische Union zueinander? Wie kann, wie soll nationale und europäische Identität konstruiert werden, und schließt eines das andere möglicherweise aus? Muss ein bundesstaatliches Europa, das nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur große Teile der Eliten, sondern insbesondere auch die Jugend Europas begeistert hatte, endgültig als romantische Idealvorstellung ad acta gelegt werden?

Die Herausgeber haben die 21 Beiträge zu vier thematischen Blöcken sortiert. Zunächst, für Historiker und Historikerinnen vielleicht am interessantesten, geht es um »historische Zugänge« zum konflikthaften Verhältnis zwischen Nationalstaat und EU. Jörn Leonhard setzt sich mit der Frage auseinander, wie nationale Loyalität im »langen« 19. Jahrhundert erzeugt und bewahrt werden konnte – mit besonderem Akzent auf dem Krieg als »Probe für die Potentiale und die Grenzen gelungener und belastbarer nationaler Integration« (S. 19). Dieter Langewiesche diskutiert zum einen Bedeutung und Rolle des Föderalismus in europäischen Staatsbildungsprozessen und zum anderen den Verlauf der Identitätsbildung in Föderativstaaten. Er erinnert daran, dass »jede Form von Staatsbildung« auf »Gewalt angewiesen« (S. 40) und »keine Transformation vom Staatenbund zum Bundesstaat ohne Krieg« (S. 41) möglich war – mit Ausnahme der Transformation der EU seit 1990 und der Einschränkung, dass dieser Transformationsprozess ja noch längst nicht abgeschlossen ist und das Ziel »Bundesstaat« inzwischen kaum noch Fürsprecher findet. Und angesichts der anhaltenden Schwierigkeiten, den völkerrechtlichen Status der EU begrifflich einzusortieren, verdient Langewiesches Plädoyer für den Gebrauch des aus der Mode gekommenen Quellenbegriffs »zusammengesetzter Staat« (S. 44) durchaus Beachtung. Harold James kontrastiert hochfliegende Visionen von »Europa« mit schnöden geld- und währungspolitischen Erwägungen: »Europe today is reviving the language of economic necessity and economic strength« (S. 64), so seine beruhigend gemeinte Aussage. Andreas Wirsching rekapituliert die Transformation Europas seit Beginn des 20. Jahrhunderts und kommt zu dem Schluss, dass »das Europa der Moderne wohl einen Patron braucht: einen materiell und politisch überlegenen, zumindest informellen Hegemon, der die Europäer vor den Kräften ihrer Selbstzerstörung schützt« (S. 68).

Im zweiten Kapitel nehmen Juristen und Sozialwissenschaftler »Entwicklungsschritte,

Krisenerscheinungen und deren Folgen« unter die Lupe. Horst Dreier begreift die bisherige Entwicklung der EU als schrittweisen, inkrementalen Prozess einer »nicht nur territorial beständig erweiterten, sondern vor allem auch mit immer mehr Kompetenzen ausgestatteten Union« und fragt deshalb, ob »wohl irgendwann der Punkt erreicht« sein könnte, an dem die EU als Bundesstaat anzusehen wäre (S. 85). Fritz W. Scharpf erneuert seine auch schon andernorts vorgebrachte Kritik, dass die europäische Politik mit der Währungsunion ein Projekt ins Werk gesetzt habe, das »aus ökonomischen wie aus politischen Gründen nicht hätte unternommen werden dürfen« und das »die gegenwärtige Krise der europäischen Integration verursacht« habe (S. 98). László Csaba bescheinigt den Schritten in Richtung »Banken- und Fiskalunion«, dass sie einige Probleme gelöst, aber dafür mindestens ebenso viele neu geschaffen hätten. Stefan Moog und Bernd Raffelhüschen unterziehen die explizite und implizite Staatsverschuldung in Europa einer Tragfähigkeitsanalyse, und Jan-Erik Lane, der offensichtlich nicht weiß, dass Jean Monnet sich mit zwei »n« schreibt, kommt auf der Grundlage einer differenzierten Untersuchung verschiedener ökonomischer Ziele der EU zu dem Befund, dass die von der EU verordnete Austeritätspolitik das Schuldenniveau nicht nachhaltig gesenkt habe.

Der dritte Themenblock umfasst Beiträge zu einzelnen europäischen Institutionen, Akteuren und Politiken: zum Europäischen Parlament (Udo Di Fabio), zum Bundesverfassungsgericht und zum Europäischen Gerichtshof (Joachim Wieland), zur Sozialpolitik auf nationaler und europäischer Ebene (Manfred G. Schmidt) und zur Rolle von Leitbildern wie »Selbstbestimmung« (Peter M. Huber), »Frieden« und »Wohlstand« (Uwe Wagschal) bzw. »Intergouvernementalismus« versus »Supranationalismus« (Frank Schorkopf).

Im vierten Kapitel werden Handlungsoptionen erörtert. Werner Abelshauer wirft vor dem Hintergrund der anhaltenden Krise der Eurozone die Frage auf, »ob der bisher eingeschlagene Weg der europäischen Integration geeignet« sei, »den Kontinent nach innen und nach außen handlungs- und wettbewerbsfähig zu gestalten« (S. 275). Aufgrund der im europäischen Wirtschaftsraum existierenden, historisch gewachsenen unterschiedlichen Wirtschaftskulturen – Abelshauer unterscheidet zwischen dem »angelsächsischen«, dem »rheinischen«, dem »mediterranen« und dem in den Staaten des Balkans und den Transformationsländern vorherrschenden Modell (S. 282–287) – plädiert er dafür, dieser »Vielfalt der wirtschaftskulturellen Bedingungen Europas Rechnung zu tragen und den Kontinent auf unterschiedlichen Wegen zu einigen« (S. 293). Wie das konkret aussehen könnte, lässt er allerdings offen. Brendan Simms diskutiert in seinem offensichtlich vor der Brexit-Entscheidung verfassten Beitrag das Verhältnis Großbritanniens und der EU. Der im Januar 2017 verstorbene Anthony B. Atkinson spricht sich vor dem Hintergrund der Finanz- und der Legitimationskrise der EU dafür aus, die sozialen Konsequenzen der EU-Politik an die erste Stelle zu rücken, also den Lebensstandard und das Wohlergehen der Individuen und der einzelnen Familien als Indikator zu verwenden und nicht das Bruttosozialprodukt. Peter Graf Kielmansegg problematisiert

das Integrationsziel »Politische Union«, obwohl die »Idee der Staatswerdung« im Laufe der Zeit »an Strahlkraft und vor allem – mit jedem neuen Erweiterungsschub – an Plausibilität verloren« habe (S. 332). Den Schlusspunkt setzt Friedrich Wilhelm Graf mit einer begriffsgeschichtlich und tagespolitisch angelegten Studie unter der mit einem Fragezeichen versehenen Überschrift »Europa als das ›Abendland‹?«.

Der Band bietet eine höchst anregende Lektüre, die nicht zuletzt den unterschiedlichen geschichts-, rechts- und politikwissenschaftlichen Zugriffen auf das Problem des Nationalstaats in der EU geschuldet ist. Verschiedentlich werden liebgewonnene Gewissheiten in Frage gestellt, etwa wenn Wagschal betont, dass die »eigentlich erklärende Variable für den Frieden in Europa« nicht die EU-Mitgliedschaft der Staaten sei, sondern dass es sich um Demokratien handle (S. 237). Die Beiträge kreisen mehr oder weniger explizit um die Frage nach der Wünschbarkeit und Legitimierung weiterer Schritte in Richtung einer ›immer engeren Union‹. Die meisten Autoren haben den ›europäischen Bundesstaat‹ bereits freudig, manche auch betrübt, verabschiedet. Da entbehrt es nicht einer gewissen Ironie, dass mit Horst Dreier ausgerechnet ein Staats- und Verwaltungsrechtler – und kein Historiker! – daran erinnert, dass man in der Geschichte vor Überraschungen niemals sicher sei. So werde auch die Entwicklung des Verhältnisses von Nationalstaat und europäischer Integration »gewiss noch manche Überraschung für uns bereithalten« (S. 94). Dem kann man nur beipflichten.

Landry Charrier, L'émigration allemande en Suisse pendant la Grande Guerre. Préface de Nicolas Beaupré, Genève (Éditions Slatkine) 2015, 371 p., ISBN 978-2-05-102735-9, CHF 56,40.

rezensiert von/compte rendu rédigé par
Alexander Elsig, Freiburg (Schweiz)

In den laufenden Gedenkjahren zum Ersten Weltkrieg erlebt auch die Geschichtsschreibung zu den neutralen Staaten zwischen 1914–1918 einen regelrechten Boom. Lange Zeit wurden diese Staaten lediglich am »Rand« des Geschehens und somit der Geschichtsschreibung gesehen. Die wenigen neutral gebliebenen Länder – Spanien, die Niederlande, Schweiz, Norwegen, Schweden und Dänemark für Europa – standen aber gar nicht »über dem Getümmel«, wie Romain Rolland es gehofft hatte. Sie waren zwar nicht militärisch, dafür ökonomisch und kulturell stark in den Krieg einbezogen und erlebten eine Probezeit zwischen Krieg und Friede, zwischen Ausnahmezustand und relativer Freiheit. Auf kultureller Ebene spielten die Neutralen eine nicht unwesentliche Rolle als Bindemittel zwischen den kriegführenden Staaten. Aus dieser Optik schafft das Buch von Landry Charrier über die deutsche Emigration in die Schweiz einen fundierten Einblick auf das Verhältnis zwischen Pazifisten – oder besser »Dissidenten« – Intellektuellen, die versuchten aus einem neutralen Land heraus, die internationalen geistigen Beziehungen wieder ins Leben zu rufen. Die »Dissidenz« ist hier nach Charrier als Minderheitengruppe zu verstehen, die die dominierende Kriegskultur ablehnte (S. 47).

Das Buch entstand aus der Habilitationsschrift des Autors, der ein Spezialist des deutsch-französischen Austauschs im frühen 20. Jahrhunderts ist. Während der Autor in seiner Dissertation Ernst Bovets Zeitschrift der 1920er Jahre »Revue de Genève« studierte, nahm er sich nun die Vorgeschichte einer intellektuellen Bewegung vor, die schon während des Ersten Weltkriegs gegen die Zerstörung der europäischen Beziehungen kämpfte. Das Buch knüpft an den Artikel vom Dieter Riesenberger über die deutsche Emigration in der Schweiz der Jahre 1914–1918 an¹. Charrier betrachtet den Gegenstand neu durch einen kulturgeschichtlichen und auf Netzwerk basierenden Ansatz, der nach »Praktiken, Wege und Vorstellungen« (S. 19) der Akteure sucht. Trotz des vielversprechenden Titels wird dennoch nur ein Bruchteil der deutschen Dissidenz in der Schweiz analysiert. Die Studie konzentriert sich nämlich auf zwei konkurrierende Meinungsgruppen: Bei der ersten handelt es sich um diejenige um Alfred Hermann Frieds »Friedenswarte«, wobei Friedrich Wilhelm Foerster und Hermann Fernau das Hauptaugenmerk gilt; die zweite Gruppe ist diejenige um Hans Schliebens »Freie Zeitung« mit Hugo Ball, Ernst Bloch oder Hermann Rösemeier als deren Mitwirkende. Die zwei Publikationen verfolgten zwar gleiche Ziele – die Demokratisierung des

¹ Dieter Riesenberger, Deutsche Emigration und Schweizer Neutralität im Ersten Weltkrieg, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 38 (1988), S. 127–150.

Kaiserreichs und den Einsatz eines internationalen Schiedsgerichtes –, sie unterschieden sich jedoch im vorgeschlagenen Weg dazu. Während die »Friedenswarte« an einen Kompromissfrieden glaubte, ging die »Freie Zeitung« von einer Niederlage des Kaiserreichs als Voraussetzung für die Republik aus. Deswegen weist auch Charrier dieser zweiten Gruppe rund um die »Freie Zeitung« die Rolle der Demoralisierungswaffe zu, die dadurch der Kriegspropaganda der Entente (Frankreich und die Vereinigten Staaten) in die Hände spielte.

Die Studie gliedert sich in vier Teile. Im ersten Teil bietet sie eine »Radioskopie« des deutschen Pazifismus vor dem Krieg und während des Kriegseintritts an. Der Autor konzentriert sich vorwiegend auf die Sektionen der im Jahr 1892 gegründeten Deutschen Friedensgesellschaft, Ausdruck eines bürgerlichen Pazifismus, der für Schiedsgerichtsbarkeit und Entwaffnung plädierte. Der österreichische Journalist Alfred Hermann Fried, Gründer der »Friedenswarte« im Jahre 1899, Friedensnobelpreis des Jahres 1911, verkörperte diese Bewegung vor 1914. Der Erste Weltkrieg stürzte jedoch die Deutsche Friedensgesellschaft in eine Krise, Alfred Hermann Fried war einer der wenigen Exponenten der am Anfang des Konflikts immer noch für Frieden plädierte. Aufgrund der Zensur im Kaiserreich war es immer schwieriger die pazifistische Position zu verkünden, weshalb ab 1915 manche deutschsprachigen Aktivisten die Schweiz als Publikationsort wählte, um die Zensur zu umgehen.

Charrier geht von zwei Hauptwellen der Emigration aus: Die erste stellt er in Zusammenhang mit der Umsiedlung der »Friedenswarte« nach Bern im Frühling 1915 fest; die zweite und größte verortet er im Jahre 1916, mit der »kulturelle Anspannung« nach Verdun (S. 55) und 1917, symbolisiert durch die Gründung der »Freie Zeitung« in Zürich. Bei der Analyse der deutschen Exilgruppen konzentriert der Autor sich nicht einzig auf deren Zeitschriften. Im Sinne einer *intellectual history* rücken Orte der Sozialisierung wie Cafés (zum Beispiel das berühmte Odeon in Zürich), Lesezirkel und Salons oder die Generationenfrage in den Mittelpunkt.

Der zweite und dritte Teil schildern ausführlich die unterschiedlichen Positionen der »Friedenswarte« und der »Freien Zeitung«. Charrier kommt dabei zu dem Schluss, dass die Friedensbewegung nie zu gemeinsamen Positionen gelangte, weder innerhalb der derselben Sprachgruppe, geschweige denn zwischen den Pazifisten aus den verschiedenen kriegsführenden Ländern. Versuche eine Einheit herzustellen scheiterten sogar in Momenten des Durchbruchs für den Frieden, wie im Vorfeld des Waffenstillstands. Der Austausch zwischen den Dissidenten der einzelnen Länder, ob kriegsführende oder neutrale, erwies sich als recht schwach, was Charrier veranlasst die deutsche Dissidenz als »migration de maintien« (Migration des Erhalts) zu bezeichnen, die nicht Müde wurde, ihren Blick und Hoffnung auf den »espace délaissé« (zurückgelassene Herkunft) zu richten (S. 93). Nichtsdestotrotz erwies sich die Rückkehr nach Deutschland als äußerst schwierig: Obwohl einzig die »Freie Zeitung« von der Propaganda der Entente eingenommen wurde, sahen sich im Zuge des Diskurses der

Dolchstoßlegende in den 1920er und 1930er Jahren alle Dissidenten diskreditiert, was im letzten Teil der Arbeit aufgezeigt wird.

Eine der großen Stärken des Buchs liegt in der Einbeziehung einer großen Bandbreite an Sekundärliteratur, die ansonsten einzig disparat in den jeweiligen Einzelstudien vorliegt. Die Studie stützt sich zudem auf ein reichhaltiges Quellenkorpus, der sich vor allem aus Zeitungen, Korrespondenz, Grundsatzartikeln und Nachlässen von Dissidenten zusammensetzt. Trotz dieser Fülle an ausgewertetem Quellenmaterial ist die Nichtberücksichtigung der deutschen Bundesarchive zu bemängeln. Diese hätten einerseits wertvolle Erkenntnisse zum Einfluss der Zeitschriften in Deutschland und andererseits zum zwiespältigen Verhältnis zwischen der Regierung und den Dissidenten, das sich im Spannungsverhältnis zwischen Repression und Unterwanderung bewegte, zugelassen. In diesem Kontext ist die Bewertung der Figur des Harry Graf Kessler von Interesse. Diesem Diplomaten in Kriegszeiten soll nach Charrier die Rolle die Dissidenten zu einen zugesprochen worden sein, um einen »Friedenskompromiss« zu erreichen (S. 88), dies obwohl sein Manöver vielmehr dazu gewillt war, die Dissidenten zu »erfassen«.

Zu bemängeln ist auch die fehlende Berechnungsgrundlage für die Anzahl der 7200 deutschen Dissidenten in der Schweiz während des Ersten Weltkriegs (S. 84) oder die mangelnde Berücksichtigung des sozialistischen Internationalismus der Vorkriegszeit und während des Kriegs. Die Mängel mögen jedoch die Stärken des Buchs nicht trüben, die in der Erkenntnis liegen, dass Pazifisten den Bann der gesellschaftsdominanten Kriegskulturen nicht brechen konnten.

Vincent Genin, Matthieu Osmont, Thomas Raineau (dir./ed.), Réinventer la diplomatie/Reshaping Diplomacy. Sociabilités, réseaux et pratiques diplomatiques en Europe depuis 1919/Networks, Practices and Dynamics of Socialization in European Diplomacy since 1919, Frankfurt a. M. (Peter Lang Edition) 2016, 227 p. (Euroclio. Études et documents, 96), ISBN 978-2-87574-354-1, EUR 38,00.

rezensiert von/compte rendu rédigé par
Axel Dröber, Paris

Der vorliegende Sammelband ist aus einer Tagung des Réseau international des jeunes chercheurs en histoire de l'intégration européenne vom März 2015 hervorgegangen. Er widmet sich diplomatischen Praktiken und Feldern in Europa seit dem Ersten Weltkrieg, wobei im Kontext des Kalten Krieges auch die Beziehungen zur Sowjetunion Beachtung finden. Einleitend geht Laurence Badel auf das noch recht junge Forschungsgebiet der Internationalen Beziehungen ein. Diplomatische Praktiken hätten mit der nach dem Kalten Krieg einsetzenden Globalisierung eine Multiplikation und Auffächerung erfahren. Badel verweist einerseits auf das Auftreten nicht diplomatischer Akteure und Vertreter der Zivilgesellschaft wie Konzerne oder NGOs, die in internationalen Debatten etwa beim Völkerbund, der UNO oder den Brüsseler Institutionen eine zunehmend tragende Rolle spielten. Andererseits haben sich die bilateralen Beziehungen an die Globalisierung angepasst, Staaten vertreten auf wirtschaftsdiplomatischer Ebene die Interessen der heimischen Lobby, während kulturdiplomatische Praktiken ebenfalls eine Intensivierung erfahren, wovon das Louvre-Projekt in Abu Dhabi Zeugnis gibt.

Gegliedert ist der Band in drei Teile. Im ersten gehen die Autoren den Wandlungsprozessen der »klassischen Diplomatie« nach. Marion Aballéa zeigt am Beispiel der französischen Botschaft in Berlin in den 1920er und 1930er Jahren wie das Festhalten an der Tradition und der personellen Kontinuität des Außenministeriums einer Neuausrichtung der französischen Außenpolitik erhebliche Schwierigkeiten bereitete. Erst die Ernennung von Beratern, die ihre diplomatische Sozialisation außerhalb der *carrière* erlebt hatten, erlaubte die systematische Rationalisierung formeller und informeller Netzwerke und ermöglichte es, stärker auf den Verlauf der Reparationsverhandlungen mit Deutschland einzuwirken. Renaud Meltz widmet sich der Haltung Frankreichs angesichts des spanischen Bürgerkriegs von 1936. Er macht die Wirkmacht einer liberal-anglophilen Tradition aus, die seit der Julimonarchie das Prinzip der französischen »non-intervention« (S. 55) geprägt habe. Das Personal des Außenministeriums und insbesondere dessen Generalsekretär Alexis Léger teilten bis hin zum protestantischen Glauben in den 1930er Jahren die religiöse und politische Weltansicht eines Teils der französischen Großbourgeoisie des 19. Jahrhunderts.

Dass die Menschenrechte auch nach dem Zweiten Weltkrieg eine zentrale Domäne der französischen Außenrepräsentation war, zeigt Alexandre Boza am Beispiel der Vereinten Nationen. Der Vater der Menschenrechte, René Cassin, ist ein Beispiel für die »communauté épistémique« (S. 75), die aus der Résistance hervorgegangen war und für die der Bezug zur Erklärung der Menschenrechte von 1789 eine identitätsstiftende Wirkung hatte. Cassin wurde 1942 als Experte für internationale Fragen in die Exilregierung De Gaulles berufen und war nach dem Krieg verantwortlich für die Ausarbeitung des Menschenrechtspaktes der UN. Haakon A. Ikonomou geht im folgenden Beitrag auf das norwegische Referendum zum Beitritt zur EWG ein, dem eine intensive Informations- und Propagandakampagne vorausgegangen war. Hier bildete sich ein informeller Zirkel an Wirtschaftsdiplomaten heraus, die sich selbst als »Europeans« begriffen. Im Kontext sich intensivierender Wirtschaftsbeziehungen mit dem europäischen Ausland und durch enge Kontakte zur Europäischen Bewegung in Norwegen entwickelten sich diese zu einem strukturierten Netzwerk politisierter, proeuropäischer Aktivisten.

Im zweiten Teil nimmt der Sammelband die neuen Akteure der internationalen Beziehungen in den Blick. Sonja Großmann betrachtet Vereine, die sich dem Austausch zwischen Westeuropa und Russland widmeten und konzentriert sich dafür auf den französisch-russischen Verein in den 1960er Jahren sowie dessen deutsches Pendant. Die Vereinsmitglieder traten als informelle Bürgerdiplomaten (S. 110) hervor und hatten am bilateralen Austausch maßgeblichen Anteil. In Zeiten des eisernen Vorhangs erwiesen sich die Vereine als diplomatischer Kanal, mit denen von Deutschland aus Beziehungen in die UdSSR aufrecht erhalten wurden, während der Verein für die französische Linke eine Möglichkeit der Koordinierung zwischen Kommunisten und Sozialisten darstellte. Victor Fernandez Soriano widmet seinen Beitrag dem Verhältnis der Europäischen Bewegung International zum frankistischen Spanien, welches sich in den 1960er Jahren um eine Aufnahme in die EWG bemühte. Soriano zeigt, dass die Bewegung auch über zehn Jahre nach dem Kongress von Den Haag die Politik Europas wesentlich beeinflusste, da sie als Multiplikator einer Franco-kritischen Haltung zu wirken wusste und darüber hinaus selbst als diplomatischer Akteur gegenüber dem spanischen Regime auftrat. Judith Bonnin thematisiert die internationale Politik des französischen Parti socialiste (PS) zwischen 1971 und dem Beginn der 1980er Jahre. Sie geht der Frage nach, ob hier von einer autonomen Parteiendiplomatie gesprochen werden könne, die nach der Wahl des Vorsitzenden des PS, François Mitterrand, zum Staatspräsidenten in die staatliche Diplomatie übergang. Bonnin verneint dies mit Blick auf die nur geringe personelle Kontinuität zwischen Parteifunktionären und Beamten des Quai d'Orsay.

Im dritten Teil geht es um die neuen Arenen der Diplomatie. Benedetto Zaccaria macht die Europäische Kommission als zentrale Mittlerin in den Verhandlungen zu einem Wirtschaftsabkommen zwischen Jugoslawien und der EWG in den 1960er und 1970er Jahren aus. Dabei war die europäische Politik nicht allein von den Interessen der Einzelstaaten bestimmt, vielmehr brachte die Kommission erfolgreich das Argument vor, dass mit Jugoslawien die europäische Interessenssphäre

gegenüber der Sowjetunion und innerhalb des mediterranen Raumes gewahrt werden könne. Dies erlaubte die Isolierung von Mitgliedsstaaten, die wie Frankreich ein Veto gegen eine privilegierte Partnerschaft eingelegt hatten. Simon Godard widmet sich anschließend dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, der zwischen 1962 und 1989 die Wirtschaftsdiplomatie der sozialistischen Länder wesentlich prägte. Godard zeigt, wie die DDR-Beamten des Rates ihre Expertise in ein diplomatisches Kapital umzuwandeln wussten und so ein multilaterales Netzwerk bildeten, das parallel zur auswärtigen Politik Moskaus existierte. Schließlich wendet sich Noël Bonhomme der Repräsentation der Europäischen Gemeinschaft innerhalb der G7-Gipfel zu. Er betont, wie die Kommission zwischen den 1970er und 1980er Jahren den wenig institutionalisierten Charakter dieser Treffen nutzte, um sich einen dauerhaften Platz unter den Regierungschefs und Ministern zu sichern und den »kleinen« Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft eine Stimme zu geben.

Der Sammelband bietet einen beachtlichen Einblick in die Geschichte internationaler Beziehungen im 20. Jahrhundert. Diese greift über den europäischen Rahmen hinaus und nimmt sowohl die transatlantischen Beziehungen als auch die Verflechtungen mit der Sowjetunion in den Blick. In der Mehrheit machen die Beiträge deutlich, worin der Reiz einer neuen Diplomatiegeschichte liegt, indem bisher unbeachtet gebliebene Akteure, Praktiken und Felder in den Vordergrund rücken. Die Beitragenden lenken den Blick auf die multiplen Handlungsspielräume und Aushandlungsprozesse innerhalb transnationaler Institutionen, die in der Geschichtswissenschaft oftmals als allzu statisch vorweggenommen werden.

Rainer Guldin, Politische Landschaften. Zum Verhältnis von Raum und nationaler Identität, Bielefeld (transcript) 2014, 292 S., 20 Abb. (Edition Kulturwissenschaft, 48), ISBN 978-3-8376-2818-0, EUR 29,99.

rezensiert von/compte rendu rédigé par
Celia Burgdorff, Paris

Les clips de campagne officiels des deux finalistes aux dernières élections présidentielles françaises, montraient deux versions du paysage national français.

Ce dernier est érigé en symbole national et instrumentalisé à des fins politiques à travers ces vidéos fortement diffusées en période électorale. Dans son clip, Marine Le Pen, candidate d'extrême droite, montre une France forte et défensive. Celle-ci est symbolisée par les falaises de la côte normande formant une forteresse naturelle face aux potentiels dangers extérieurs. Emmanuel Macron, centriste, quant à lui, avait choisi de mettre en avant la diversité du paysage national français dans sa vidéo. Ainsi, différentes régions emblématiques françaises étaient représentées, comme notamment les vignes du Sud-Ouest ou encore les plaines du centre de la France. Ces vidéos ou clips révèlent que le paysage national est, encore aujourd'hui, un référent partagé, un symbole facteur d'unité au même titre que la langue et le passé commun, constitutifs de la »communauté imaginée«¹ formée par un État-nation.

C'est cette notion de »communauté imaginée«, pensée par Benedict Anderson, que l'auteur de l'ouvrage tente de prolonger en introduisant la notion de »paysage national« dans une optique qu'on pourrait qualifier d'anthropologie culturelle, voire pluridisciplinaire. Cela est notamment lié à sa formation. En effet, Rainer Guldin est professeur de littérature germanique à l'université de la Suisse italienne (USI) de Lugano. Ses travaux récents ont pour point commun l'intérêt porté aux phénomènes culturels et linguistiques, on retrouve notamment plusieurs interrogations sur les liens entre la langue, les symboles et les représentations.

L'ouvrage en question s'inscrit alors plutôt dans le champ de l'histoire des représentations et des imaginaires sociaux ou dans celui de l'anthropologie culturelle. Ce n'est donc pas un travail d'histoire ou de science politique classique.

L'auteur répond à la problématique selon laquelle les paysages nationaux érigés en symboles, seraient une part constitutive des identités nationales. Il se base sur le concept de »communauté imaginée« de Benedict Anderson, qu'il considère incomplet et qu'il essaye de prolonger. En effet, Anderson pense le nationalisme comme une manière de se représenter le monde et ses divisions. La

¹ Benedict Anderson, *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, London, New York 1983. Voir aussi: Yves Déloye, *Sociologie historique du politique*, Paris 1996, p. 50–60.

nation est alors une »communauté imaginée« parce qu'elle réunit mentalement des individus qui ne se connaissent pas et ne se connaîtront d'ailleurs jamais. Pour Anderson, c'est surtout la presse qui produit ces communautés, en contribuant au développement de la »faculté imaginante« (c'est-à-dire les représentations partagées). Bien qu'il thématise le rôle de la carte géographique, délimitant clairement le territoire national, il ne s'intéresse pas vraiment à l'impact de l'espace sur l'identité nationale. Toutefois, Rainer Guldin considère que ce dernier est essentiel et y consacre son ouvrage. Ainsi, faisant de l'histoire particulière de la Suisse le fil rouge de son travail, il propose de rendre compte du facteur »espace« dans la constitution des identités nationales.

L'ouvrage est alors structuré en trois grands volets. L'auteur propose d'abord une reconstruction de paysages politiques imaginés dans l'espace germanophone entre le XVIII^e et le XX^e siècle, avant de développer le concept de »métaphorologie« des paysages politiques. Finalement, le lien avec la science politique est mis en évidence dans une dernière partie, consacrée à l'étude du paysage en tant que modèle d'interprétation cognitif des liens sociopolitiques.

La structure de l'ouvrage révèle la formation littéraire voire linguistique de l'auteur, en particulier son usage du concept de »métaphorologie« qu'il choisit d'appliquer à l'histoire. Cette notion pouvant paraître déroutante à prime abord, désigne en fait la production systématique de représentations de l'espace. Faire de l'imaginaire du paysage – existant à la fois individuellement et collectivement – une allégorie de la nation, est alors érigé en pratique politique. De même, la mise en avant des pays germanophones est liée à la formation de l'auteur qui tente néanmoins de varier les exemples. Ainsi, l'ouvrage contient également des références à la France, l'Espagne et la Hongrie ainsi qu'un léger effort de sortir d'une analyse assez euro-centrée en évoquant d'anciens territoires coloniaux.

La structure de l'ouvrage, axée autour de différents matériaux, fait l'originalité de l'étude. Ainsi, l'auteur passe progressivement de substances rigides, dures (i. e. les paysages montagneux) à des matériaux plus fluides (l'eau) pour enfin aboutir à l'air symbolisant en fait l'idée, le concept identitaire. L'ouvrage invite alors à un cheminement intellectuel à dimension presque spirituelle, en partant du plus concret et en s'élevant progressivement dans le domaine de l'abstrait.

Le paysage, au cœur de l'ouvrage, est pensé comme un processus social de formation identitaire. Il comporterait, au même titre que les discours politiques, une dimension dynamique performative. L'auteur se distingue particulièrement par la volonté de ne pas seulement s'intéresser au symbolisme du paysage mais d'interroger le contenu réel de l'imaginé. L'étude de Rainer Guldin constitue donc un véritable aller-retour entre matériel et immatériel, entre réalité et représentation.

Les sources variées appuient d'ailleurs la démarche intéressante et pluridisciplinaire de l'auteur. La bibliographie très complète, révèle d'une part l'usage de travaux très spécialisés, d'autre part, Guldin s'appuie sur des auteurs canoniques, pouvant être considérés comme constitutifs d'une sorte de référentiel occidental commun, comme par exemple Kant et Nietzsche, mais aussi Bourdieu. Sa

méthode pluridisciplinaire est en outre explicitée par la citation, à la fois de travaux de grands historiens tels que Lucien Febvre et Jacques Le Goff, mais aussi de Bachelard, épistémologue et philosophe des sciences, sans oublier Wendy Brown, une politiste contemporaine américaine ayant travaillé sur les théories du pouvoir moderne.

La démarche de Guldin est par ailleurs complétée par des illustrations commentées, permettant une lecture iconographique des paysages politiques. Il est aussi intéressant de noter que propagande politique, films et peintures sont mis au même niveau et étudiés ensemble. De même pour les sources savantes qui complètent la littérature classique ainsi que les contes populaires. Cette pluridisciplinarité subsiste tout au long de l'ouvrage, au risque de faire un peu trop »catalogue« de citations à certains moments.

Plusieurs aspects de ce travail permettent de dire que Guldin renouvelle l'anthropologie culturelle et l'histoire des représentations. Cela est en partie lié au fait que la notion de paysage politique ou »political landscape« est un terme en vogue et très utilisé en sciences humaines, sans que l'on sache véritablement à quoi il correspond. En effet, le terme a jusqu'alors été utilisé dans un sens plutôt institutionnel. Ainsi, certaines études récentes sont consacrées aux paysages politiques en Afrique par exemple, mais faisant référence aux institutions politiques et administratives². Par ailleurs, dans un contexte de géographie culturelle, les recherches de J. Duncan, R. Schein, et de N. Johnson interrogent cette même notion alors définie comme les marqueurs spatiaux politiques, i. e. la frontière Mexique/États-Unis³.

Il existe par ailleurs des études très locales, s'intéressant aux paysages politiques dans des lieux précis, comme c'est par exemple le cas de certains auteurs qui étudient le Nord-Ouest du Honduras à l'époque antique⁴, ou d'autres ayant travaillé sur les paysages socio-culturels en Guyane⁵. Dans ce contexte, l'ouvrage propose à la fois une démarche différente, celle de l'étude des représentations, ainsi qu'un travail de synthèse. En effet, bien que l'exemple de la Suisse constitue le leitmotiv de son travail, Guldin évoque au cours de son ouvrage l'Europe au sens large. Cela aurait par ailleurs pu être plus approfondi, mais au risque d'être plus imprécis. Or, c'est notamment la rigueur de l'auteur qui fait de cet ouvrage un travail de qualité. Ainsi, son étude, sans être internationale, n'est ni cantonnée à un seul pays ni même attachée à une seule époque.

Ce point est par ailleurs critiquable. En effet, dans une volonté plutôt transhistorique, Guldin cite

² Aili Mari Tripp, *Women in Movement. Transformations in African Political Landscapes*, dans: *International Feminist Journal of Politics* 5,2 (2003), p. 233–255.

³ James Duncan, Nuala C. Johnson, Richard H. Schein (dir.) *A Companion to Cultural Geography*, Oxford 2003 (Blackwell Companions to Geography).

⁴ Edward Schortman, Patricia Urban, *Power, Memory and Prehistory: Constructing and Erasing Political Landscapes in the Narco Valley, Northwestern Honduras*, dans: *American Anthropologist* 113,1 (2011), p. 5–21.

⁵ Renzo Sebastiaan Duin, *Wayana Socio-Political Landscapes: Multi-Scalar Regionality and Temporality in Guiana*, Dissertation, University of Florida 2009.

parfois de manière trop peu différenciée et sans véritable chronologie. Ainsi, des références à »L'Occident médiéval« de Jacques Le Goff sont articulées avec des exemples de propagande nazie. Bien que cela puisse déplaire aux plus académiques, cette démarche est utilisée à bon escient et justifiée par l'étude des imaginaires. Il est d'ailleurs plus approprié de parler d'une étude culturelle au sens large que d'un travail proprement historique.

En outre, cet ouvrage amène à réfléchir aux représentations spatiales et permet de poser la question pourquoi l'auteur »oublie« les paysages urbains. En effet, l'ouvrage de Christie, Bogdanović et Guzmán intitulé »Political Landscapes of Capital Cities«⁶, remobilise la notion de paysage politique et l'applique au contexte urbain. Il est vrai que ce ne sont pas des paysages naturels mais bien artificiels et aménagés par l'homme – mais n'est-ce pas cet aspect-là qui aurait été intéressant d'étudier dans un sens politique, identitaire? Qui ne pense pas à Paris quand on évoque la France ou à Londres pour la Grande-Bretagne? Il semblerait alors que les paysages nationaux, dans leur entièreté, seraient plus adaptés à une instrumentalisation politique inclusive.

C'est-à-dire qu'en faisant de Paris un symbole national de la France, on exclut une fois pour toute le reste de la France. L'intérêt des paysages, et ce, l'auteur l'a bien montré, c'est qu'ils évoluent en fonction du contexte. Ainsi, le »paysage politique« de la Suisse médiévale n'est pas le même qu'à l'époque moderne, etc. Aussi, la particularité des paysages à l'échelle nationale, c'est qu'ils ne sont pas, ou seulement très peu, investis par le pouvoir politique. Tandis que les villes forment souvent un lieu de pouvoir, les paysages ne sont touchés qu'indirectement et existent pourtant de manière similaire dans les imaginaires.

Cet ouvrage, prolongeant l'idée des communautés imaginées de Benedict Anderson, propose donc une synthèse richement documentée des paysages politiques européens. L'approche pluridisciplinaire et la juxtaposition de sources très variées en font une œuvre de référence pour tous ceux qui s'intéressent à la constitution des identités nationales et plus largement, à l'histoire des représentations politiques.

La fin de l'ouvrage est particulièrement intéressante, ouvrant la thématique sur notre monde contemporain et globalisé et posant la question de représentations nouvelles et transnationales, générées par les médias. En plus des *landscapes* classiques, Rainer Guldin introduit de nouvelles dimensions d'échanges transnationaux culturels et mondiaux théorisés par Arjun Appadurai, avec notamment les »mediascapes«, »technoscapes« ou encore les »financescapes«. Cette invasion de divers »-scapes« me permet par ailleurs d'espérer l'introduction prochaine d'un »peacescape« internationalisé.

⁶ Jessica Joyce Christie, Jelena Bogdanović, Eulogio Guzmán, *Political Landscapes of Capital Cities*, Boulder, CO 2016.

Claudia Hiepel, Willy Brandt et Georges Pompidou. La politique européenne de la France et de l'Allemagne entre crise et renouveau, Villeneuve-d'Ascq (Presses universitaires du Septentrion) 2016, 313 p. (Histoire et civilisations), ISBN 978-2-7574-1156-8, EUR 29,00.

rezensiert von/compte rendu rédigé par
Mathieu Flonneau, Paris

Vu de France, et alors que le premier voyage diplomatique des derniers vainqueurs des élections présidentielles hexagonales depuis les années 1980 consacre l'Allemagne comme destination imposée et naturelle, il peut apparaître légitime de remonter aux racines de ce lien privilégié entretenu par les deux anciens ennemis au prisme de ce qu'il est convenu de dénommer la »construction européenne«. Le précieux ouvrage de Claudia Hiepel y aide concrètement et apporte sur ce point des éclairages utiles en se consacrant à une période dont la réputation est inférieure à la réalité, si l'on en croit, la démonstration magistrale proposée dans les 300 pages de ce »Willy Brandt et Georges Pompidou. La politique européenne de la France et de l'Allemagne entre crise et renouveau«.

L'auteure produit ici une version abrégée quoique toujours très substantielle de sa thèse d'habilitation déposée en 2010 à l'université de Duisbourg-Essen. La mise au point effectuée dans la postface s'attache à dépasser le »pathos« (sic !) classique du sujet et rappelle les distinctions diverses qui ont accompagné et récompensé ce travail de recherche au long cours consacré à la construction européenne contemporaine. Ayant reçu notamment le prix Willy Brandt, de la fondation du même nom, et le prix parlementaire franco-allemand, ce travail a donc été jugé important en dehors de la seule communauté des chercheurs dont la reconnaissance ne saurait heureusement en aucun cas résumer la portée d'un tel travail intellectuel.

Vingt-cinq pages d'appareillage critique, archivistique et bibliographique – auquel, vrai bémol, il manque un index nominatif pour l'ensemble du volume et pourquoi pas également une chronologie thématique – étayent les développements de l'historienne. Sept chapitres équilibrés structurent le livre, proposant des va-et-vient entre les deux hommes, les deux pays, leurs négociateurs et l'entité européenne qui *volens nolens*, au fil des crises, continue de se dessiner et de se mettre opérationnellement en place. De ce point de vue, »l'intégration européenne« semble évidemment devoir beaucoup à la bonne fortune des ententes du bilatéralisme franco-allemand quelquefois contrarié. »Achèvement, approfondissement, élargissement« (p. 11) ne sont rien et n'existent pas sans les relations quotidiennes nouées et entretenues entre Paris et Bonn. L'attention portée par Hiepel aux parcours personnels des deux acteurs qu'étaient Willy Brandt et Georges Pompidou, aux cultures politiques éloignées mais pas incompatibles, constitue une entrée indispensable pour comprendre la période. L'ouvrage dépasse les réputations de l'Ostpolitik et de l'héritage gaullien,

superbe d'indépendance, en montrant les accommodements raisonnables des dirigeants, des classes politiques et des opinions publiques pour dépasser ce que certains ont parfois qualifié d'«euro-sclérose».

Le livre tout entier est donc particulièrement remarquable car complémentaire de précédentes études de fonds lancées notamment en France par l'Institut Georges-Pompidou – quitte parfois à en infléchir la portée sur certains points (p. 17). Avec méthode, Hiepel déconstruit la téléologie européeniste et révèle par conséquent toute la complexité de cette «charnière» Brandt-Pompidou trop souvent tenue pour secondaire.

La question lancinante traditionnelle: »*Quo Vadis* Europe?«, posée p. 266 et formulée également en tête du chapitre 4: »Quelle Europe?« accompagne le questionnement général qui ne se limite donc pas à une relation de »couple«, au lien solide par-delà les effusions réconciliatrices et flamboyantes, mais explore au plus près des archives diplomatiques les finalités. Coopération politique et possible Union européenne sont donc explorées par l'historienne sommet par sommet au fil de la chronologie de ces quatre années.

Les problématiques de l'entrée de la Grande-Bretagne dans la communauté et celle de l'UEM (Union économique et monétaire) furent des chantiers décisifs à l'époque, parmi d'autres certes, mais l'ouvrage montre bien que les temps de ralentissement de la croissance, puis de crise économique avec la fin des Trente Glorieuses en France et bientôt aussi du miracle allemand (*Wirtschaftswunder*) outre-Rhin, ont pesé sur une trajectoire finalement chaotique, effectivement située »entre crise et renouveau«.

Pour finir, la couverture mérite d'être saluée également car en choisissant d'illustrer par un dessin de Calvi datant du 28 janvier 1971 qui témoigne des soins portées par les deux personnalités dirigeantes, caricaturées en jardiniers – cigarettes à la bouche! –, au développement industriel et à un paysage florissant d'usines, Claudia Hiepel et son éditeur ont souhaité incarner un processus dont l'éloignement supposé est parfois devenu un argument politique ravageur.

Marie-Therese Mäder, Chantal Metzger, Stefanie Neubert, Adjaï Paulin Oloukpona-Yinnon, Louise Schellenberg (Hg.), Brücken bauen. Kulturwissenschaft aus interkultureller und multidisziplinärer Perspektive. Festschrift für Dorothee Röseberg zum 65. Geburtstag, Bielefeld (transcript) 2016, 528 S. (Edition Kulturwissenschaft, 111), ISBN 978-3-8376-3360-3, EUR 49,99.

rezensiert von/compte rendu rédigé par
Bérénice Zunino, Besançon

Alors que la recherche en civilisation telle qu'elle est pratiquée dans les départements de langues étrangères des universités françaises est la grande délaissée de la romanistique allemande on ne peut que saluer la parution de cet ouvrage collectif consacré à l'interculturalité et aux théories et méthodes des sciences de la culture (*Kulturwissenschaften*). Ces mélanges franco-allemands parus à l'occasion du 65^e anniversaire de Dorothee Röseberg comportent 34 contributions, dont sept seulement en langue française, consacrées à des domaines aussi divers que la littérature, la traductologie, l'histoire des idées, l'histoire et la civilisation. Cette multidisciplinarité est conforme à l'objectif affiché: celui de »créer des ponts entre les sciences humaines et sociales, entre *l'histoire culturelle* en France et la science de la culture en Allemagne, entre la littérature, la linguistique et la science de la culture en langues étrangères« (p. 9).

Dans le sillage des précédents travaux de Röseberg, le présent ouvrage questionne la notion de »science(s) de la culture« et revient sur ses traditions épistémologiques. Il regroupe des conceptions très différentes des sciences de la culture – de l'histoire de la culture de sensibilité littéraire ou artistique à l'histoire culturelle à la française, résolument historique et proche de la civilisation pratiquée dans les études germaniques en France, en passant par les études interculturelles. Il se divise en cinq chapitres, respectivement consacrés à »la communication interculturelle et la rencontre avec l'autre«, aux »processus de transferts interculturels et perspective comparative«, aux »perceptions de soi et de l'autre et images de l'autre«, à »la culture à l'épreuve de la pratique« et aux »constructions identitaires entre engagement et décloisonnement«.

En introduction, Hubert Laitko revient sur la tradition germanophone des sciences de la culture et de la *Kulturgeschichte* – au sens d'une histoire de la civilisation – depuis les Lumières et l'institutionnalisation des disciplines scientifiques au XIX^e siècle. Il plaide pour une définition flexible et plurielle de cette discipline qui se distinguerait par la pluralité de ses théories. En d'autres termes, la »science de la culture«, en tant que discipline à part entière, regroupe des »sciences de la culture« aux méthodes et aux approches multiples. Ce terme s'emploie en effet au singulier comme au pluriel depuis les années 1980.

Épistémologiquement, il faut remonter au XIX^e siècle pour comprendre sa genèse. Il triomphe alors sur celui de »sciences humaines« (*Geisteswissenschaften*) – dans la traduction littérale est »sciences de l'esprit« –, définies par Wilhelm Dilthey en opposition aux »sciences naturelles«. Cette opposition binaire s'avère bientôt peu opérante, comme le démontre la critique néokantienne portée par Wilhelm Windelband et Heinrich Rickert. Le terme de »Geist« étant encore plus vague que celui de »Kultur«, c'est finalement celui de »Kulturwissenschaften« qui l'emporte »parce que personne n'avait rien trouvé de mieux« (p. 26, d'après H. Rickert, »Kulturwissenschaft und Naturwissenschaft«). Par la suite, l'émergence de l'emploi de »Kulturen«, au pluriel, fait place à un concept moins essentialisé et moins normatif qui permet la prise en compte des processus. C'est ici qu'apparaît une discontinuité épistémologique dont on peut regretter qu'elle ne soit pas davantage abordée. L'auteur prend soin de ne pas mentionner l'apport de la très controversée »Kulturgeschichte« de Karl Lamprecht pour faire un bond en avant de plusieurs décennies jusqu'au tournant culturaliste du dernier tiers du XX^e siècle.

La »deuxième vague« des sciences de la culture (p. 26) marque la »prospérité des sciences de la culture (au pluriel)« et montre la nécessité d'un fondement théorique disciplinaire de la »science de la culture (au singulier)« (p. 28). Celle-ci consiste *in fine* en l'étude des »constructions de sens collectives« (p. 29) par la prise en compte des mentalités et des pratiques. L'auteur fait là l'économie de la tradition française de l'histoire culturelle héritée des Annales – qui a pourtant placé l'étude des mentalités au cœur des préoccupations. Cela aurait pu être regrettable pour cet ouvrage qui se veut être un médiateur entre les traditions disciplinaires des aires francophone et germanophone si la diversité des approches présentées dans les contributions ne reflétait pas bien l'hétérogénéité théorique et méthodologique des *Kulturwissenschaften*.

Conformes à cette multidisciplinarité, les articles des cinq chapitres du présent ouvrage font apparaître au moins cinq catégories. Dans une approche interculturelle, Hans-Jürgen Lüsebrink envisage par exemple l'hospitalité comme un processus d'interaction interculturelle verbale et non-verbale, et Christoph Vatter se penche sur les vertus pédagogiques de films consacrés à la rencontre avec l'autre (»Französisch für Anfänger«, »L'auberge espagnole«) pour permettre aux étudiants et étudiantes d'acquérir des compétences interculturelles en amont d'un séjour linguistique.

Parmi les contributions consacrées à la littérature, celle de Brigitte Krulic livre une analyse du dernier roman de Victor Hugo, »Quatrevingt-treize«, qui parachève sa réflexion sur l'idéal républicain porteur de la civilisation moderne et dont la profondeur ne peut être appréhendée que replacée dans son contexte historique fortement marqué par l'antagonisme franco-allemand (guerre de 1870/1871) dont Victor Hugo prédit le dépassement par la force de la fraternité.

Dans une approche d'histoire de la culture, Johannes Klare, entre autres, revient sur le rayonnement culturel de Georges Brassens dont la carrière a commencé dans le camp de travail de Basdorf en 1943.

Hans-Otto Dill, quant à lui, se place dans une perspective d'histoire des idées pour analyser les interactions et les imbrications entre les Lumières et l'Aufklärung. Il ne souligne pas seulement les influences françaises sur l'aire germanophone, mais aussi les apports de l'Aufklärung pour la pensée française (première encyclopédie initiée par Leibniz, influence de la conception allemande de l'État et des théories de droit public sur la pensée de Montesquieu et de Rousseau, etc.)

Les travaux de Henning Fauser et de Chantal Metzger, enfin, comptent parmi les contributions proches de la civilisation et de l'histoire culturelle à la française. Le premier s'intéresse aux motifs de l'indignation ressentie par les anciens déportés français: outre la clémence à l'égard des bourreaux après-guerre et le regain de violence antisémite et raciste (des attentats de l'OAS à la présence de Le Pen au second tour de l'élection en 2002), il fait ressortir, d'une part, des facteurs opposant à l'époque de la Guerre froide les associations d'anciens déportés qui se définissent comme antifascistes à celles qui se présentent comme antitotalitaires (remilitarisation de la RFA *versus* parallèle entre Goulag et système concentrationnaire nazi) et, d'autre part, un combat commun contre le négationnisme. La seconde étudie la manière dont la presse française de tout bord a (fidèlement) relayé les propos du chimiste Robert Havemann, figure de la dissidence est-allemande comparée à son homologue soviétique Sakharov, de ses premières prises de position antistaliniennes, en juin 1953, à sa mort, en 1982.

Par son introduction théorique et ses études de cas de belle facture, le présent ouvrage apporte sans aucun doute une contribution aux réflexions sur les théories, les méthodes et les objets d'étude des sciences de la culture.

Trude Maurer, »... und wir gehören auch dazu«. Universität und »Volksgemeinschaft« im Ersten Weltkrieg. 2 Bde., Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 2015, XIV+X–1214 S., ISBN 978-3-525-33603-8, EUR 130,00.

rezensiert von/compte rendu rédigé par
Roger Chickering, South Beach, OR

»Differentiating and putting this material into concrete terms *before* generalizing and drawing conclusions about it have lent this study a bulk that might well scare off many readers« (p. XII). This warning from the author preempts a review. Trude Maurer, a specialist in East European history, has produced an extraordinary piece of scholarship by any reckoning. Her study of German universities during the First World War is by a wide margin the most extensive and comprehensive such work ever published; and it could have claimed this distinction had she confined herself to the history of any one such institution. Instead she has chosen to write about three of them. The result is a monograph of two volumes and nearly twelve hundred pages, and its bulk may indeed scare off many readers.

She has selected the universities of Berlin, Strasbourg, and Giessen, each of which, she explains, represents a »type« by virtue of its size and situation in the capital, province, or border area. The study is divided into three principal sections. The first presents an extended introduction to each of these institutions – its faculty and student body, research and curriculum, administration, and institutional self-image. The second and longest section of the study treats the mobilization of these universities in support of the German war effort. The survey covers students in the armed services, the more diverse military roles of faculty scholars (their service as soldiers, chaplains, and military doctors, their contributions to the scientific and technological support of the military, and their role in the moral mobilization of the home front). It then treats the place of faculty and students (male and female) in the economic mobilization of the home front, and the growing discord within the university community, as debates raged over war aims and constitutional reform. The third section (and the second volume) of the study is devoted to what the author characterizes as the »secondary« functions of the university. Here the survey turns to curriculum and instruction in the circumstances of war—the pressures on the teaching faculty, the evolving composition of the student bodies, the disruptions visited by the war on classrooms and other facilities, examinations, and curricular offerings, and relations between faculty and students. That foreign students and scholars figure prominently in this analysis reflects the author's broader interests and earlier work.

All these themes are covered in such exhaustive detail that generalizations are difficult. The most interesting, thematically coherent, and methodologically most self-conscious parts of the study address the self-representation of these German universities and the challenges to their privileged

claim to cultural leadership in the *Volksgemeinschaft*. This claim, which had deep roots in the prewar era, surfaced not only in the massive rush of students to the army, but also in the resolutions and public petitions that professors signed to justify the war and solidify national unity, the articles they wrote for the popular press, and the speeches they delivered to their colleagues and students, as well as to the wider public. Yet other central aspects of the war subverted this claim to privileged status in the national community. Universities faced the prospect of closure in the face of material shortages. Most professors did not see military action, which represented the ultimate male act of investment in this community; and their material sacrifices looked slight in comparison to what other people in Berlin, Strasbourg, and Giessen had to bear. Maurer argues persuasively that university scholars' enthusiastic commitment to the war effort at home was thus due in part at least to a »Rechtfertigungsdruck« (p. 429), a need to compensate for feelings of inferiority that were both personal and institutional. The same commitment was calculated to reinforce unity within the university itself, where the war had upset traditional academic hierarchies of all sorts, notably between males and females and between faculty members and their students. It became evident that the scholars who had once been preceptors to their students had become the »Schützlinge« of these same students, who now claimed moral privilege by virtue of the uniforms they wore. This reversal of roles struck at least one scholar in Berlin as a »degradation« (p. 694).

In the end, Maurer's study offers an explosion of empirical detail that threatens to overwhelm the interpretive scaffolding. The comparisons that purportedly guide the work are neither systematic nor particularly enlightening, nor are the grounds for selecting the three universities entirely persuasive (Berlin and Strasbourg were unique in many basic respects). In any event, the role of these institutions in the study is primarily to furnish three more or less autonomous founts of detailed information. To take but one example, the reader learns (p. 273–286) a great deal about who in Berlin, Strasbourg, and Giessen did and did not sign the »Declaration of the German Empire's University Teachers«, which appeared in October 1914: 69.2% of the faculty in Berlin did, as did 63.3% in Giessen, and 56.6% in Strasbourg. These figures included, from the Protestant theological faculties, 91.7% of the scholars in Berlin, 100% in Giessen, and 88.9% in Strasbourg, from the medical faculties, 55% in Berlin, 51.6% in Giessen, and 30.3% in Strasbourg, and from the philosophical faculties, 78% in Berlin, 65% in Giessen, and 70.4% in Strasbourg. Several additional pages then dilate on these statistics (the non-signers in Giessen included the 47 year-old philosopher, August Messer, who had earlier founded a Catholic student fraternity, written a novel about this milieu, and, despite his *völkisch* views, was later in trouble with Nazi regime). The significance of all this comparative information is not, however, altogether clear.

Trude Mauer's volumes are evidence of colossal energy and dedication to detail. She has scoured the archives, academic periodicals and newsletters, and memoirs, as well as the secondary literature. Her work entirely eclipses the several monographs that have been published on these three universities,

and while many of her conclusions about the political role of university scholars are familiar from the writings of Klaus Schwabe and Steffen Bruendel, she lends these conclusions formidable empirical support. The principal problem is that her work will likely not find much of a readership. As she herself admits, its size alone is forbidding; and her relentless celebration of detail plays out at the expense of »generalizing and drawing conclusions«. As a consequence, the study is a challenge to read and digest. Its great value may well lie in service as a work of reference.

James Nott, Going to the Palais. A Social and Cultural History of Dancing and Dance Halls in Britain, 1918–1960, Oxford (Oxford University Press) 2015, XIV–327 p., ISBN 978-0-19-960519-4, GBP 65,00.

rezensiert von/compte rendu rédigé par
Eckard Michels, London

1983 gelang der zwanzig Jahre zuvor gegründeten britischen Rockgruppe The Kinks mit dem Stück »Come Dancing« der letzte große Hit. Das Lied beschwört nostalgisch die Ära der *palais de danse/dance halls* herauf. Komponist Ray Davies besingt seine ältere Schwester, beschreibt wie sie sich zum Tanzabend im örtlichen *palais* verabredet und trauert diesem, der zunächst einer Bowlingbahn, dann einem Supermarkt und schließlich einem Parkplatz gewichen sei, nach. Das Lied ist stark autobiografisch geprägt, denn eine der älteren Schwestern von Davies erlag 1957 bei einem Tanzvergnügen in dem Londoner Lyceum Ballroom einem Herzschlag. Die 1950er Jahre bildeten denn auch den Höhepunkt der Ära der *dance halls*, die in Großbritannien nach dem Ersten Weltkrieg einsetzte, befördert durch die Übernahme amerikanischer, vom Jazz beeinflusster Tänze wie Foxtrott, Ragtime und Charleston, später Jitterbug und Jive. Die *dance halls* wurden für etwa vier Jahrzehnte prägend für die Freizeitgestaltung und Verhaltensweisen von Jugendlichen der britischen Arbeiterklasse und der unteren Mittelschicht, zu denen die acht Geschwister der Davies-Familie zählten. Allenfalls das Kino konnte als Ort der Freizeitgestaltung mit der Popularität der *dance halls* konkurrieren.

James Nott rekonstruiert auf breiter Quellengrundlage, gut gegliedert, facettenreich und kundig den Aufstieg und Fall dieses Phänomens, das er als »social dancing« bezeichnet, sowie seine Auswirkungen auf die britische Gesellschaft und Kultur. Durch die Aneignung der zwangloseren, paarweise und mit engerem Körperkontakt und fließenderen Bewegungen vollführten amerikanischen Tänze und dem Aufkommen der *dance halls* wandelte sich das Tanzen vom Zeitvertreib der Oberschichten in exklusiven Hotels und Restaurants seit dem Ersten Weltkrieg zu einem Volksvergnügen, das noch bis heute in Großbritannien in populären Fernsehshows nachlebt. Die *dance halls* waren extra für diesen Zweck erbaute, bis zu 2000 Personen fassende, von Großunternehmen wie dem Marktführer Mecca professionell geführte und beworbene, aufwendig ausgestattete und regelmäßig auf den neuesten Stand gebrachte Vergnügungsstätten. Die französische, aus den USA übernommene Bezeichnung »palais de danse« sollte für Erlesenheit und Geschmack stehen, obwohl die Etablissements durch günstige Eintrittspreise und ihre Größe eindeutig auf die schwächeren Einkommensklassen abzielten. Die *palais* boten ein sehr gutes Preis-Leistungsverhältnis für die Freizeitgestaltung von Personen mit begrenztem Budget, insbesondere in trostlosen Zeiten wie der Depression und dem Zweiten Weltkrieg. Sie vermittelten den unteren

Schichten die Illusion der Teilhabe an einem glamourösen Leben und zudem die Möglichkeit, mit dem anderen Geschlecht in Kontakt zu treten. Die *dance halls* fungierten folglich über Jahrzehnte als wichtigster Heiratsmarkt in Großbritannien.

Nott betont, dass dieses Parkett vor allem eine weibliche Klientel anzog, die traditionell eher dem Tanzen zugeneigt war und entsprechend selbstbewusst in diesem Umfeld auftrat. Die Frauen setzten bei den Tanzvergnügen die Standards und übten damit einen zivilisierenden, feminisierenden Einfluss auf die jungen Männer aus, die bislang in Pubs oder auf Straßen herumgelungert hatten, aber sich nun den Etiketten der *dance halls* unterwerfen und stärker auf ihr Äußeres achten mussten. Neben diesen in jeder Großstadt anzutreffenden Stätten – Glasgow hatte beispielsweise Mitte der 1950er Jahre 14, davon sieben mit einer Kapazität von jeweils mehr als 1000 Tänzern – fanden seit den 1920er Jahren ebenso landesweit Tausende von improvisierten, gelegentlichen Tanzveranstaltungen in Kaufhäusern, Kinos, Fabriken, Kirchen, Schwimmbädern, Gemeindesälen, Pubs und Restaurants statt, um die allgemeine Tanzbegeisterung zu befriedigen. Obwohl es sich um ein harmloses und weitgehend alkoholfreies Freizeitvergnügen – dieser Aspekt wird in der ansonsten detaillierten Studie von Nott leider nur en passant erwähnt – handelte, stieß es immer wieder auf Kritik in Teilen der britischen Öffentlichkeit.

Anhand der Tanzveranstaltungen lassen sich zugleich die damaligen Diskurse in Großbritannien über kulturelle Überfremdung, Geschlechter- und Rassenverhältnisse oder eine angebliche Jugendverwahrlosung ausloten, was im Buch ebenfalls ausführlich getan wird, ohne diese Passagen unnötig theoretisch zu überfrachten. Laut Nott stellten die Verurteilung der Tanzvergnügen und die Kritik an deren jugendlichen Besuchern, die vor allem aus dem Bürgertum kamen und dessen Vorurteile gegenüber dem »Volk« widerspiegeln, einen unbewussten Reflex auf die durch die Weltkriege, durch ökonomische Krisen wie auch durch den sich ausbreitenden Massenwohlstand und die Migrationsbewegungen hervorgerufenen Ängste und Verunsicherungen dar. Sie besaßen den Charakter einer »moral panic« (S. 150). In der Zwischenkriegszeit ging es vor allem darum, die britische (Tanz-)Kultur gegen eine als bedrohlich angesehene Amerikanisierung zu schützen oder den Import zumindest mittels Umformung in einen von den Tanzlehrerverbänden entwickelten »English style« zu bändigen. Durch kleine Veränderungen in Schrittfolge und Körperhaltung sollte den Tänzen ihre angebliche erotische Aufladung genommen werden. Im Zweiten Weltkrieg wurden die möglichen Gefahren der Rassenmischung in den *dance halls* der Insel durch schwarze US-Soldaten und für die Kriegswirtschaft angeworbenen Arbeitskräfte aus der Karibik thematisiert. Nach 1945 galten die Tanzlust und ihre Stätten als Indiz für eine hedonistische Veranlagung einer durch materiellen Überfluss verwöhnten und zugleich durch die Kindheitstage im Krieg nicht ausreichend erzogenen Jugend.

Der Niedergang der *dance halls* setzte rapide Anfang der 1960er Jahre ein. Vollbeschäftigung,

steigende Löhne, soziale Sicherheit durch den entstehenden Wohlfahrtsstaat, ein nicht mehr durch Rationierungen beschränkter Zugang zu Konsumgütern sowie Wandlungen in der Unterhaltungsindustrie und technische Neuerungen wie Musikboxen, erschwingliche Transistorradios und Schallplattenspieler erweckten neue Bedürfnisse, befriedigten langfristig gehegte materielle Wünsche oder führten zu einem veränderten Freizeitverhalten. Mit Bands wie The Kinks setzte zudem eine neue Ära der Jugendkultur ein. Nun ging man in Konzerte der favorisierten, zu »Stars« erhobenen Künstler, hörte deren Eigenkompositionen bewusst zu und man bewegte sich nur noch einzeln und ohne Rücksicht auf konventionelle Tanzstile zu den Darbietungen auf der Bühne. In der Ära der *palais de danse* hingegen hatten weitgehend anonyme Tanzorchester ein allgemein bekanntes Repertoire gespielt. Zu diesem bewegte man sich paarweise nach vorgegebenen Regeln. Der gemeinsame Tanz und das darum drapierte Ritual der Partnerwahl, nicht das musikalische Geschehen auf der Bühne standen dabei im Vordergrund. Insofern waren The Kinks seit 1963 unbewusst mit zu Totengräbern einer stilprägenden Epoche der britischen Jugendkultur geworden, welche die Band 20 Jahre später mit ihrem letzten Hit verklärte.

James Nott hat (auch ohne Rekurs auf The Kinks) ein faszinierendes Buch geschrieben, das anhand der *dance halls* ein breites Panorama der britischen Gesellschaft und ihrer Ängste im Zeitalter der Weltkriege entfaltet. Es bleibt lediglich die Erklärung schuldig, warum und in welchem Maße diese Tanzwut, die *palais de danse* und die mit ihnen verbundenen gesellschaftlichen Diskurse wirklich, wie Nott behauptet, ein spezifisch britisches Phänomen gewesen sind.

Stanis Perez, La santé des dirigeants français. De François I^{er} à nos jours, Paris (nouveau monde éditions) 2016, 332 S., ISBN 978-2-486-36942-379-9, EUR 21,00.

rezensiert von/compte rendu rédigé par
Ulrich Lappenküper, Friedrichsrh/Hamburg

»Je ne vais pas mal. Mais, rassurez-vous, un jour, je ne manquerai pas de mourir!« Mit diesen süffisanten Worten reagierte Charles de Gaulle 1965 auf die ihm unliebsame Frage eines Journalisten nach seinem Befinden. Ein Jahr zuvor hatte er sich einer Prostataoperation unterziehen müssen und dies dem Volk verheimlicht. Denn der General-Präsident wusste nur zu gut, dass die Dauer der Herrschaft eines »Fürsten« von seiner Gesundheit abhängt.

Ausgewiesen durch zwei Bücher über die Krankheiten des Sonnenkönigs Ludwigs XIV. und über die »Histoire des médecins«, hat sich Stanis Perez mit der jetzt vorgelegten Studie zum Ziel gesetzt, die Arcana der Gebrechen französischer Staatsmänner von der Renaissance bis zur Gegenwart aufzudecken. Über die reine Beschreibung ihrer Krankengeschichten hinaus geht es dem *professeur agrégé et docteur en histoire* an der École des hautes études en sciences sociales (EHESS) darum, »d'analyser l'impact de la condition physique de ceux qui sont censés incarner des institutions et des traditions à la longévité pluriséculaire«. In einem solchen »dialogue biohistorique« zwischen »l'éphémère et l'intemporel« glaubt Perez Strategien offenlegen zu können, die eine »histoire vivante des systèmes politiques« begründen können (S. 11).

In vier an der Zeitschiene entlang komponierten Kapiteln schlägt der Autor den Bogen vom »Prince malade« in der Renaissance (S. 13) und der »épreuve du pouvoir« im Absolutismus bzw. im Empire Napoleons (S. 71) über die »maladie comme désenchantement« (S. 141) persönlicher Macht eines Ludwig XVIII. oder Marschall Petains bis hin zu den Leiden als »secret(s) d'État« (S. 219) der Präsidenten der V. Republik. Jeder kranke Herrscher, so lautet ein zentraler Befund von Perez, steht vor dem Problem, das rechte Maß zwischen »censure et ostentation« zu finden (S. 177). Napoleon III. nutzte seine Aufenthalte in Thermalbädern dazu, »à valoriser cette pratique thérapeutique en la transformant en divertissement mondain« (S. 178). Im Krieg 1870 hoffte der nierenkranke Kaiser, dass eine Kugel sein Leben beenden würde. Was als Heroismus hätte erscheinen sollen, galt in den Augen vieler Franzosen als Verrat. Nicht die Übermacht der Deutschen machten sie nach Meinung von Perez für die Niederlage verantwortlich, sondern »la lithiase impériale« (S. 194).

Nach dem Sturz des Empire gab sich die Dritte Republik eine Verfassung, die Machtvakanz nur für den Fall unmittelbar bevorstehender Neuwahlen vorsah. Ein Staatschef tat also gut daran, nie krank zu sein oder zumindest einen solchen Anschein zu erwecken. Paul Deschanel konnte diesen

Anspruch nicht erfüllen. Im Mai 1920 fiel der an Synkopen leidende Präsident während einer Zugfahrt aus dem Abteifenster; offiziell, weil er Luft holen wollte, de facto, weil er, im Pyjama und mit Pantoffeln bekleidet, das Bewusstsein verloren hatte. Wenige Monate später trat Deschanel zurück.

Dass 1940 ein 84jähriger Chef des État français wurde, gereichte Frankreich wohl ebenfalls nicht zum Vorteil. Um unliebsamen politischen Diskussionen aus dem Weg zu gehen, neigte Marschall Philipp Pétain zu »amnésies passagères« (S. 216). Nicht seine mangelnde physische Stärke oder intellektuelle Spannkraft waren dem Urteil von Perez zufolge das Problem, sondern »les idées et les valeurs« (S. 208).

Dass gesundheitliche Einschränkungen auch von Vorteil sein konnten, bewies der zweite Präsident der Vierten Republik, René Coty. Seiner eigenen Überzeugung nach war er nur deshalb Staatschef geworden, weil eine Prostataoperation ihn vor der Wahl 1953 davon abgehalten hatte, an der innenpolitisch hochbrisanten Debatte über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft teilzunehmen.

Als Präsident Georges Pompidou 1974 an einer »maladie connue de tous et tue par beaucoup« (S. 256) starb, verlangte die *classe politique* mehr öffentliche Transparenz über die präsidentiale Gesundheit. Doch auch einer seiner späteren Nachfolger, François Mitterrand, dachte nicht daran, sich diesem Appell zu beugen. Von seiner Krebserkrankung erfuhr Frankreich erst elf Jahre nach der Diagnose 1981 zu einem Zeitpunkt, als sie dem Präsidenten nützlich sein konnte: Bei der Fernsehdebatte vor dem Referendum über den Maastrichtvertrag 1992 schreckte sein Gegenspieler Philippe Séguin davor zurück, den vom körperlichen Verfall Gezeichneten politisch matt zusetzen.

Stets darum bemüht, aus der Vielzahl seiner Fallstudien allgemeingültige Erkenntnisse zu ziehen, gelangt Perez am Schluss seiner lesenswerten Studie zu vier zentralen Einsichten:

Erstens: Da Macht stets Herrschaft auf Zeit ist, werden die Karten des politischen Spiels mit dem Tod des Herrschers neu gemischt. Zweitens: Der »bilan sanitaire« eines Herrschenden bewegt sich auf einer affektiven und einer institutionellen Ebene; ob König, Kaiser oder Präsident pflegt er seine Gesundheit stets nach der Regel, »d'être à la hauteur« (S. 298), ohne dass ihm die verfassungsmäßigen Dispositionen dabei helfen könnten. Drittens: Jeder Staatschef ist dazu verpflichtet, seine Person hinter das Amt zurückzustellen »et surtout, si tel n'est pas le cas, à le faire croire« (S. 301). Und schließlich viertens: Während jede Macht weiß, dass sie auf sterblichen Individuen ruht, ist jedem politischen System bewusst »qu'il doit s'adapter à un faisceau de contraintes biologiques en considérant les aléas d'ordre pathologique comme des événements normaux à défaut d'être toujours prévisibles« (S. 301).

Wolfgang Seibel, Persecution and Rescue. The Politics of the »Final Solution« in France, 1940–1944. Translated by Ciaran Cronin, Ann Arbor, MI (University of Michigan Press) 2016, XX–417 p., 15 fig., ISBN 978-0-472-11860-1, GBP 78,00.

rezensiert von/compte rendu rédigé par
Laurent Joly, Paris

En aucun cas ce n'est diminuer ce livre de Wolfgang Seibel que de le situer dans le prolongement de »Vichy-Auschwitz. Die Endlösung der Judenfrage in Frankreich«, le grand œuvre de Serge Klarsfeld (Fayard, 1983–1985). Initialement paru en allemand, en 2009, sous le titre sans doute plus juste et ambitieux de »Macht und Moral«, »Persecution and Rescue« reprend les principaux axes et le cadre d'analyse de »Vichy-Auschwitz«: l'importance de la réunion du 2 juillet 1942 entre le chef de la police de Vichy René Bousquet et une demi-douzaine de responsables allemands, qui vit le jeune ministre accepter de mettre à disposition de l'occupant les forces de l'ordre françaises en vue d'opérations massives contre les juifs apatrides; le tournant représenté par la protestation des évêques en août-septembre 1942, qui contraignit le Gouvernement français à reculer devant les exigences criminelles des nazis; le poids du contexte international qui, à l'été 1943, à la faveur notamment du renversement de Mussolini en Italie et des déboires militaires d'Hitler, amena le maréchal Pétain, encouragé par les représentants du haut clergé, à refuser l'adoption de la loi de dénaturalisation des juifs devenus français depuis 1927, laquelle aurait entraîné de nouvelles rafles.

Pour l'essentiel fondée sur le même matériau documentaire que Klarsfeld¹ ainsi que sur une maîtrise remarquable de l'énorme littérature consacrée à la Shoah en France², l'étude de Seibel reconsidère, à la lueur de la science politique, les thèses classiques de »Vichy-Auschwitz«.

C'est en grande partie à l'Église de France, et plus précisément au rôle joué par ses plus hauts dignitaires à l'été 1942, que l'on doit la survie des 200 000 ou 250 000 juifs que les nazis prévoyaient d'anéantir – en plus des quelque 75 000 qui seront déportés jusqu'en août 1944 – en application du programme fixé à la conférence de Wannsee le 20 janvier 1942³, réaffirme l'auteur, qui ajoute puissamment: c'est précisément parce que l'Église catholique constituait un pilier du régime de Vichy,

¹ Patiemment réuni et publié dans »Le Calendrier de la persécution des Juifs de France« et les douze volumes du recueil de documents des dossiers des autorités allemandes »Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden 1933–1945« concernant la persécution de la population juive en France.

² Même si l'on pourra regretter que cette édition américaine n'ait pas été légèrement révisée afin d'intégrer les travaux parus depuis 2009, principalement les thèses fondamentales de Gaël Eismann »Hôtel Majestic: Ordre et sécurité en France occupée (1940–1944)« Paris 2010, sur l'administration militaire allemande en France occupée et de Sylvie Bernay »L'Église de France face à la persécution des juifs, 1940–1944« Paris 2012.

³ Le protocole de la conférence de Wannsee du 20 janvier 1942 indiquait pour la France un objectif chiffré de 165 000 juifs pour la zone occupée et de 700 000 pour les régions non occupées. Wolfgang Seibel reprend l'estimation probable d'environ 320 000 juifs résidant en France métropolitaine en 1940–1941.

c'est précisément parce qu'elle s'est compromise dans la révolution nationale (y compris dans le domaine de l'antisémitisme d'État) que sa protestation *morale* (inaugurée par la retentissante déclaration du cardinal Saliège à Toulouse le 23 août 1942) a pu avoir une efficacité *politique* et contraindre le chef du gouvernement, le très collaborateur et cynique Pierre Laval, à demander aux chefs de la Police et de la SS une pause dans la livraison des juifs.

Sans relais à Vichy, la protestation de l'Église n'aurait jamais pu, à elle seule, faire vaciller le gouvernement puis l'occupant. C'est Gerlier, véritable chef du haut clergé en zone sud et fin politique, qui, le 1^{er} septembre 1942, convainc Bousquet et Laval de mettre un frein au déchaînement policier contre les juifs et de rejeter la responsabilité de cette position sur l'Église de France. Reçu le lendemain à Paris par les chefs de la Police et de la SS, Pierre Laval prie ses interlocuteurs de ne plus lui faire d'exigences chiffrées en matière de livraison de juifs. Ironisant lourdement sur l'entourage clérical du maréchal Pétain, le chef du gouvernement évoque l'influence de Mgr Gerlier et les troubles que des opérations trop brutales pourraient susciter dans l'opinion. Les Allemands acceptent ces motifs de politique intérieure pour une raison simple: la priorité demeure à la sécurité et à l'effort de guerre. Quelques semaines plus tard, le 25 septembre 1942, le service des Affaires juives de la Sipo/SD de Paris est informé que, sur ordre de Berlin (Himmler lui-même), le programme maximaliste est annulé: jusqu'à nouvel ordre, les juifs de nationalité française ne seront pas, en principe, inquiétés ...

Au bout du compte, près de 40 000 juifs seront déportés de France de juin à septembre 1942; moins de 35 000 de novembre 1942 à août 1944. Un tel bilan, conclut Seibel, découle directement de la protestation des évêques en août-septembre 1942.

Tout l'intérêt de »Persecution and Rescue« réside dans l'analyse intensive de ce moment clef et d'une poignée d'autres. Par exemple, l'analyse de la réunion du 2 juillet 1942, centrée sur le face-à-face entre Bousquet et Helmut Knochen, est un modèle d'application à l'histoire des outils de la théorie de la négociation et de la théorie des jeux. De fait, l'ouvrage de Seibel est riche de réflexions générales sur les conditions favorisant un crime contre l'humanité ou permettant de l'endiguer.

L'inconvénient de cette démarche à la fois très »micro« et très générale est que l'on perd parfois de vue les logiques de fond de la politique antijuive de Vichy⁴. Seibel rend compte avec minutie des motivations et attentes de Laval et de Bousquet (la logique du marchandage cynique dans l'espoir de gains politiques et de souveraineté administrative en premier lieu, la logique de la xénophobie d'État

⁴ En outre, le souci de l'auteur de se tenir à bonne distance d'une historiographie récente trop centrée selon lui sur la »culpabilité de Vichy« l'amène à des références datées (ainsi Gerald Reitlinger qui, dans »The Final Solution« [1953], se livre à une apologie pour le moins mal fondée de Pierre Laval) et à contourner, pour l'essentiel, la question décisive au cœur de »Vichy-Auschwitz« et, surtout, de »Vichy et les juifs« de Michaël R. Marrus et Robert O. Paxton (1981): le bilan de la Shoah en France n'aurait-il pas été moins dramatique si Vichy n'avait pas poursuivi une politique antisémite, cynique et xénophobe, en plus du choix sans retour de la collaboration? L'évitement de cette question est le point majeur qui distingue l'argumentation de Seibel de celle de Klarsfeld.

en second lieu) sans voir qu'en réalité ils ne font que poursuivre, dans le contexte de 1942, une politique antisémite engagée avant eux selon des présupposés relativement cohérents. »Il [faut] distinguer trois catégories de Juifs: les étrangers, dont je veux que la France soit débarrassée; les naturalisés de fraîche date: qu'on les renvoie, je ne demande pas mieux; enfin, les vieux Juifs français. [...] Nous ne voulons pas qu'on les maltraite«, déclare ainsi le vice-président du Conseil, l'amiral Darlan à son ami le pasteur Boegner en mars 1941⁵...

Profiter de la politique génocidaire des nazis pour se »débarrasser« des juifs naturalisés, en plus des apatrides et des étrangers, constituait le maximum du programme antisémite de Vichy. Les juifs »naturalisés de fraîche date«, ce sont précisément ceux que l'État français n'a pu se résoudre à livrer aux Allemands en 1943 – non plus, note Seibel avec justesse, pour des considérations de politique intérieure (l'opposition catholique), mais pour des raisons avant tout de politique extérieure (pour l'essentiel, la prise en compte de l'inéluctabilité de la défaite nazie).

Finalement, le régime pétainiste a agi comme à peu près tous les régimes disposant d'une souveraineté politique (la Roumanie, la Bulgarie ou la Slovaquie) associés à la »solution finale«: sacrifier les populations juives étrangères et/ou conquises; protéger les nationaux⁶. Centrer l'argumentation relative à la survie de la majorité des juifs de France sur le rôle d'un certain nombre d'acteurs clefs (au premier rang desquels la poignée d'évêques de l'été 1942), comme le fait Wolfgang Seibel, tend peut-être à minorer cette logique d'action fondamentale, commune à Vichy et aux États satellites. Mais c'est le choix de l'auteur que d'avoir privilégié un examen intensif du cas français plutôt qu'une analyse comparée à l'échelle de l'Europe. Et c'est ce qui fait toute la valeur de son livre, profond et foisonnant d'idées.

⁵ »Carnets du pasteur Boegner. 1940–1945«, présentés et annotés par Philippe Boegner, Paris 1992, entrée du 10 mars 1941, p. 86.

⁶ Ce qui singularise les dirigeants de Vichy, Laval, Bousquet, à la fois cyniques et profondément naïfs dans leur confiance en eux-mêmes et dans la parole des Allemands, c'est leur absence d'interrogation, leur incuriosité délibérée, sur le devenir des juifs ainsi livrés aux Allemands.

Wolfram Siemann, Metternich. Stratege und Visionär. Eine Biografie, München (C. H. Beck) 2016, 983 S., 73 Abb., ISBN 978-3-406-68386-2, EUR 34,95.

rezensiert von/compte rendu rédigé par
Reiner Marcowitz, Metz

Einer anderen Generation werde »in späteren Tagen der hohe Beruf zuteil [werden], die wahre Geschichte der Vergangenheit mit jener Ruhe und Unparteilichkeit zu schreiben, die den an den Ereignissen persönlich und aktiv Beteiligten selbst immer fehlt«, schrieb Clemens Fürst von Metternich 1829 in einer »Autobiographischen Denkschrift«. Da war der österreichische Außenminister und Staatskanzler bereits ein von den einen anerkannter und bewunderter Staatsmann, wie eine von den anderen kritisierte, ja verhasste Reizfigur geworden. Nun hat ihm Wolfram Siemann eine mit allen Anhängen fast 1000seitige Biografie gewidmet.

Dies ist aus mehrerlei Gründen begrüßenswert: Erstens datiert die letzte große Metternich-Biografie, jene von Heinrich von Srbik, aus dem Jahr 1925. Seitdem hat sich die Forschung nicht nur methodisch weiterentwickelt, sondern auch zahlreiche neue Erkenntnisse zu Tage gefördert, die für das Verständnis Metternichs und seiner Epoche wichtig sind. Zweitens hat der Wiener Kongress, dessen Jubiläum gerade aufwändig begangen wurde, und das auf ihm begründete Mächtesystem bereits seit den 1990er-Jahren wieder verstärkt Interesse auf sich gezogen, in dem Maße, wie sich zeigte, dass dem Ende des Bipolarismus keineswegs eine Phase friedvoller Weltinnenpolitik, ja ein »Ende der Geschichte« (Francis Fukuyama) folgte, sondern sich vielmehr ein neuer konflikträchtiger Multipolarismus etablierte, der bei allen Unterschieden doch starke strukturelle Gemeinsamkeiten mit dem internationalen System des 19. Jahrhunderts aufweist. Drittens schließlich hat Siemann ein Jahr lang den Metternich-Nachlass im Prager Nationalarchiv gesichtet und verfügt damit, ergänzt durch die Auswertung weiterer Bestände, über eine bemerkenswerte Quellengrundlage.

Auf der Basis seines großen Quellenfundus sowie der vorhandenen reichen Forschungsliteratur hat Siemann seine Studie breit angelegt: Nach einer ersten, gewissermaßen methodischen Einführung, die vor allem auch dazu dient, sich an Srbik und seiner Metternich-Biografie abzuarbeiten, gibt Siemann zunächst einen Einblick in jene Familie und deren sozialen Hintergrund, in die Metternich 1773 hineingeboren wird. Bereits die Studienzeit in Straßburg und Mainz brachte ihn dann mit jenem Ereignis in Berührung, dessen Auswirkungen nicht nur eine ganze Epoche, sondern mit ihren Nachwirkungen auch sein ganzes restliches Leben prägen sollten: die Französische Revolution. Frühzeitig schreckte ihn deren politischer und sozialer Fanatismus ab und er wurde zu einem Anhänger der konservativen Revolutionskritik eines Edmund Burke. 1801 begann dann Metternichs diplomatische Karriere als Vertreter seines Landes in Dresden. Es folgte eine weitere diplomatische

Verwendung in Berlin und schließlich die Ernennung zum österreichischen Botschafter in Paris, wo Metternich auch Napoleon kennenlernte. Für Siemann wird er dann in den Folgejahren in seiner neuen Funktion als österreichischer Außenminister zum entscheidenden Gegenspieler des französischen Kaisers, der schließlich 1813/1814 die antinapoleonische Koalition schmiedet und zum Erfolg führte. Folglich erscheint der Wiener Kongress 1814/1815 geradezu als der Höhepunkt von Metternichs Karriere: im In- und Ausland anerkannt, ein Mittelpunkt nicht nur der diplomatischen Verhandlungen, sondern auch des gesellschaftlichen Lebens und schließlich, dank des erfolgreichen Tandems mit dem britischen Außenminister Castlereagh, auch zum »Architekten der Wiener Ordnung« avanciert.

Gerade diese Zeit wie auch die folgenden Jahrzehnte bis in die Nachwehen der Revolution von 1848 haben bereits seit der Pionierstudie von Henry Kissinger in den 1950er und dann, wie bereits erwähnt, insbesondere in den 1990er Jahren, vor allem mit Paul W. Schroeders Untersuchungen, ein besonderes Interesse der internationalen Geschichtswissenschaft geweckt, wobei die Funktionsweise und die Gründe des letztlichen Scheiterns des Europäischen Konzerts im Mittelpunkt stehen. Hierauf geht natürlich auch Siemann ein, allerdings erstaunlich kurz, ja manchmal fast oberflächlich. Das liegt schon in der quantitativen Verteilung des von ihm abgehandelten Stoffes begründet: Umfassen die Jahre bis zum Ende des Wiener Kongresses 514 Seiten, wird den Jahrzehnten bis Ende der 1850er-Jahre, die immerhin auch Metternichs zweite Lebenshälfte umfassen, lediglich 320 Seiten gewidmet, den eigentlich politisch »aktiven« Jahren Metternichs – bis zu seinem Sturz 1848 – sogar nur knapp 290 Seiten, die zudem noch durch längere Exkurse zum »Frauenverstehler und Majoratsherren« (über 60 Seiten) und dem »Ökonomen« (fast 30 Seiten) unterbrochen werden. Das ist ebenso bedauerlich wie erstaunlich, zumal der Autor hierfür keine wirkliche Begründung gibt und gleichzeitig gerade an dieser Stelle versucht, die verbreitete negative Sicht auf Metternich und seine Politik zu revidieren: Metternich habe zwar den Nationalstaat abgelehnt, indes mehr Rechte für die Nationalitäten auch in der österreichischen Habsburgermonarchie vorgedacht; im Deutschen Bund sei er erst durch die Radikalisierung der Nationalbewegung, kulminierend im Sand-Attentat, in die Repression gedrängt worden, womit er sich allerdings keineswegs von der vermeintlich »liberaleren« britischen Politik unterschieden habe; schließlich sei Metternich immer einem vernunftgeleiteten, jeglichem Extremismus abholden und rechtsgeleiteten Stabilitätsideal treu geblieben, was durchaus auch Reformbereitschaft beinhaltet, der indes die Zwänge der internationalen Politik vor allem seit der Julirevolution von 1830 sowie die strukturelle Schwäche sowohl der Habsburgermonarchie als auch von Metternichs innenpolitischer Position entgegenstanden. Insofern verkörpere Metternich »den Postmodernen aus der Vormoderne« und damit durchaus eine »tragische« Figur.

Alles in allem hat Siemann eine breit angelegte Biografie vorgelegt, die viele neue Details und interessante Deutungen enthält und mit manchen verbreiteten Vorurteilen aufräumt. Damit wird er die weitere Forschung befruchten und in gewisser Weise wird sie sich an »seinem« Metternich ähnlich

abarbeiten, wie er selber dies an Srbiks bislang dominierender Biografie des österreichischen Politikers getan hat. Dazu läßt schon der letztlich durchweg positive Tenor dieser Metternich-Deutung ein, deren Untertitel Programm ist: »Stratege und Visionär«. Gestützt auf und sicher auch beeinflusst durch seine umfassende Auswertung des persönlichen Nachlasses in Prag, übernimmt Siemann letztlich ganz die Perspektive seines »Helden«. Ein für die französische Geschichte interessantes Detail illustriert dies besonders gut: Siemann erklärt Louis-Philippes antirevolutionäre und antibellizistische Politik nach 1830 allein mit einem verfänglichen Schriftstück im Besitz Metternichs aus dem Jahr 1805, in dem sich Louis-Philippe der antinapoleonischen Koalition angedient hatte und dessen Veröffentlichung er nach der Julirevolution fürchten musste. Tatsächlich ist dieses Schriftstück keineswegs eine *trouvaille*, sondern auch bereits anderweitig in der Forschung diskutiert worden. Vor allem aber erklärt sich Louis-Philippes Politik in den Jahren 1830 bis 1848 wesentlich aus strukturellen Bedingungen der französischen Innen- und Außenpolitik, die Siemann völlig ignoriert, obwohl er selber – wenngleich ohne Begründung – einräumen muss, dass es am Ende tatsächlich der Kompromittierung nicht bedurfte. Ähnlich bei der von ihm konstruierten Unterstellung einer Identität zwischen Metternichs und Castlereaghs sowie dann Cannings und selbst Palmerstons restriktiver Innenpolitik seit den 1820er-Jahren, die die gleichzeitige britische Reformbereitschaft ausklammert. Siemanns Metternich-Biografie stellt sicher einen neuen Markstein in der einschlägigen Forschung dar, setzt ihr aber keineswegs einen Schlusspunkt: Zukünftigen Untersuchungen wird es vorbehalten bleiben, auch dank ergänzender Quellenstudien, Metternichs Binnensicht durch eine Außenperspektive zu ergänzen und dadurch zu einer ausgewogeneren Beurteilung dieser ambivalenten historischen Figur zu kommen.

Kerstin Theis, Wehrmachtjustiz an der »Heimatfront«. Die Militärgerichte des Ersatzheeres im Zweiten Weltkrieg, Berlin, New York (De Gruyter) 2016, X–537 S. (Studien zur Zeitgeschichte, 91), ISBN 978-3-11-040558-3, EUR 74,95.

rezensiert von/compte rendu rédigé par
Corinna von List, Berlin

In ihrer an der Ludwig-Maximilians-Universität München entstandenen Dissertation analysiert Kerstin Theis die Tätigkeit der Gerichte der 156. und 526. Infanterie-Division, die beide als Ersatztruppenteil zum Wehrkreis VI gehörten, der sich geografisch in etwa mit dem heutigen Bundesland Nordrhein-Westfalen deckt. Sie kombiniert dabei quantitative und qualitative Methoden mit der Absicht, die Geschäftstätigkeit, die personelle Zusammensetzung, die Deliktstruktur und die Spruchpraxis dieser Gerichte im Kriegsalltag abzubilden. Die Untersuchung basiert auf 4700 Verfahrensakten, 142 Strafsachenlisten und 171 Todesurteilskarteien, was sich zu einer Gesamtzahl von 11 729 Strafsachen addiert. Damit sind für diese beiden Divisionsgerichte rund 40% der Akten erhalten geblieben, was einer hohen Überlieferungsquote entspricht. Bevor sich die Verfasserin dem eigentlichen Untersuchungsgegenstand widmet, bietet sie im ersten Kapitel unter der Überschrift »Ausgangspunkte« eine prägnante Einführung in die Geschichte des Ersatzheeres und die rechtlichen Grundlagen der Militärgerichtsbarkeit der Wehrmacht.

Die sich daran anschließenden drei Kapitel folgen chronologisch der Tätigkeit eines Gerichts. Dies beginnt mit dessen Einsetzung und seiner personellen Ausstattung. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Analyse der gruppenbiografischen Merkmale der Richter und Gerichtsherrn, wobei letztere in der Regel ranghohe Offiziere und keine Juristen waren. Im Einzelnen werden die beruflichen Werdegänge, die Altersstruktur und die Verweildauer am jeweiligen Gericht untersucht. Soweit es die Quellenlage zuließ, bezieht die Verfasserin auch die übrigen am Verfahren beteiligten Akteure wie Beisitzer und Verteidiger mit ein. Analysiert wird ferner die Rolle der Ersatzheer-Gerichte als zentrale Ausbildungsinstanz der Wehrmacht Richter. Ziel dieser Ausbildung war der allseitig militärisch geprägte Amtsträger, der sein »ziviles« Juristenleben hinter sich zu lassen hatte und sich nur den Kriegsnotwendigkeiten der Wehrmacht verpflichtet fühlte.

Indem Theis in die eher nüchterne statistische Auswertung immer wieder ausgewählte Lebensläufe einstreut, lockert sie die Untersuchung auf wie das Beispiel von Erich Röhrbein verdeutlicht. Er gehörte dem Gericht der 156. Infanterie-Division von 1940 bis 1943 und somit ungewöhnlich lange an, denn die durchschnittliche Verweildauer eines Richters betrug nur 2 bis 4 Monate. Röhrbein gelang es auch als einem der wenigen Richter seinen zivilen Rang eines Landgerichtsrats in den eines Kriegesgerichtsrates auf direktem Wege in die Laufbahn als Wehrmacht Richter zu übernehmen. Ferner

wurde er nur einmal bei einem Feldgericht – in diesem Fall in Frankreich – eingesetzt. In der Regel kamen Richter bei mehreren Feldgerichten zum Einsatz.

Im dritten Kapitel widmet sich die Verfasserin der Analyse der Deliktstrukturen. Um eine sinnvolle Auswertung vornehmen zu können, hat Theis die insgesamt 123 vorkommenden Straftatbestände in 10 Hauptdeliktgruppen zusammengefasst. Der größte Anteil entfällt dabei auf den Straftatbestand der unerlaubten Entfernung von der Truppe (32,1%), Diebstahldelikte (15,6%) und an dritter Stelle Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung (4,4%), die ein typisches Vergehen eines Ersatzheer-Gerichts darstellen. Erst danach folgen Delikte wie Fahnenflucht oder Wehrkraftzersetzung, deren Analyse bisher die Forschungslandschaft dominiert hat. Kennzeichnend für die Ersatzheer-Gerichte ist hingegen das mittlere Strafsegment der Freiheitsstrafen mit Gefängnis (57%) und Arreststrafen (16%). Zuchthausstrafen machten nur knapp sechs Prozent der Fälle aus und der oberste Rahmen der Todesstrafe kam in weniger als drei Prozent der Fälle zur Anwendung.

Gegenstand des dritten Kapitels ist außerdem der Ablauf der Gerichtsverhandlung sowie der Prozess der Urteilsfindung im Zusammenspiel von Richter und Gerichtsherr. Daran anschließend erfolgt die Untersuchung des angeklagten Personenkreises, zu dem neben Wehrmattsangehörigen auch Zivilisten, Frauen und Kriegsgefangene gehörten. Dabei zeigt sich, dass Justitia keineswegs blind war, sondern dass das Strafmaß wesentlich vom Dienstrang und dem Status der Angeklagten innerhalb der Wehrmacht abhing. So konnten Offiziere, Zivilisten und Wehrmattsbeamte mit Milde rechnen, während Mannschaften und Unteroffiziere oftmals die ganze Härte des Gesetzes zu spüren bekamen.

Im vierten und letzten Kapitel folgt die Untersuchung der Strafvollstreckungs- und Begnadigungspraxis. Über erstere entschied allein der Gerichtsherr, der mit zunehmender Dauer des Krieges vor allem Gefängnisstrafen in fast drei Viertel der Fälle abänderte und die vom Gericht verhängten Freiheitsstrafen zur »Frontbewährung« aussetzte. Das Ziel dieses immer härteren Vorgehens bestand darin, bei den Soldaten keine Anreize zu schaffen, um sich dem Frontdienst zu entziehen.

Die Spruchpraxis der Gerichte beim Ersatzheer war nicht zwingend durch die Rechtsauffassung der obersten NS- und Wehrmachtsebene bestimmt. Vielmehr orientierten sich Richter und Gerichtsherren an dem, was sie vor Ort als Problemlage beim Zusammenleben zwischen Soldaten und Zivilbevölkerung erkannten und für strafwürdig hielten, wobei sie sich stark an der aktuellen Kriegslage orientierten. Je mehr die Wehrmacht in die Defensive geriet, umso mehr verschärften die Gerichte ihr Sanktionsprofil. Dennoch mussten die Divisionsgerichte nur selten den Strafrahmen voll ausschöpfen, um eine Abschreckung zu erzielen. Vielmehr kam ein abgestuftes Strafsystem zum Einsatz.

Kerstin Theis schließt mit ihrer Dissertation eine bisher bestehende Forschungslücke, indem sie die gesamte Spruch- und Vollstreckungspraxis der Gerichte untersucht und sich nicht auf das oberste

Strafspektrum der Zuchthaus- und Todesstrafen beschränkt. Illustriert werden ihre Ergebnisse durch 150 Tabellen, die es dem Leser erleichtern, auch in die filigranen Details der Untersuchung vorzudringen. Aufgrund der exzellenten Gliederung der Arbeit sowie der umfangreichen Sach-, Orts- und Personenregister hätte es fast keiner Rezension bedurft. Der etwas spröde Stil ist der Thematik und sicherlich auch der Lektüre der 4500 Verfahrensakten geschuldet.

Wer fortan zur Thematik der Wehrmachtgerichtbarkeit arbeiten will – sei es für deren Gerichte im Reichsgebiet oder in den besetzten Ländern –, kommt an dieser Arbeit nicht vorbei, die Maßstäbe bei der Methodik sowie dem Umfang des ausgewerteten Datenmaterials setzt.

Frank Uekötter, Deutschland in Grün. Eine zwiespältige Erfolgsgeschichte, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 2015, 294 S., 16 Abb., ISBN 978-3-525-30057-2, EUR 29,99.

rezensiert von/compte rendu rédigé par
Anne-Marie Corbin, Paris

Dans son ouvrage, Frank Uekötter se demande si l'incontestable succès des Verts en Allemagne ne tient pas à leur hétérogénéité, à la juxtaposition de centres d'intérêt très différents et de points de vue souvent contradictoires, surtout si on compare leur situation à celle des autres pays européens ou du continent américain. Son objectif principal est d'étudier – dans une perspective historique – quels sont les intérêts en jeu et les rapports de pouvoir pour tout ce qui touche de près ou de loin aux questions de l'environnement. C'est pourquoi il s'appuie sur les théories du champ de Bourdieu afin de dégager les spécificités de la politique de l'État et des communes, celles de la société civile et leurs interactions avec la vie quotidienne de la population.

Uekötter se propose également de faire le lien entre les discussions actuelles sur l'environnement et l'histoire du mouvement, ses traditions qu'il fait remonter au XIX^e siècle: industrialisation et urbanisation ont radicalement transformé la vie des êtres humains et les paysages dans lesquels ils évoluaient, d'où des initiatives prises depuis plus d'un siècle par des associations. À cette époque, en Allemagne, nombre de leurs membres avaient comme premier souci de préserver leurs traditions, mais aussi de créer des zones protégées plus ou moins étendues, comme le concevait le botaniste Hugo Conwentz. Déjà, certains considéraient le tourisme comme fort néfaste et dévastateur pour la nature. Avec quelque retard sur l'Angleterre, la volonté de disposer d'eau potable et de traiter les eaux usées se répandit alors que les stations d'épuration n'existèrent pas avant les années 1960 et que les eaux usées étaient rejetées dans les fleuves et rivières avec les matières fécales non filtrées. Mais, petit à petit, avec le tout-à-l'égout, il y eut un progrès non négligeable.

Au tournant du XX^e siècle, le mouvement »Lebensreform« (réforme de la vie) représenta un changement de paradigme pour une minorité de favorisés. L'horreur ressentie face au parc industriel fit naître l'aspiration à vivre dans une nature vierge ou aménagée agréablement. Des architectes imaginèrent la cité-jardin. Il fallut adapter la vie quotidienne de cette élite à ses prises de position dans le débat idéologique: par exemple pour la nourriture (végétarienne, pain complet), l'habillement (lutte contre le corset, port de sandales), les distractions (usage de la bicyclette, vie en plein air). Un tel élargissement du débat prenait en compte la santé. Ces réflexions sont toujours d'actualité, mais touchent aujourd'hui une partie plus importante de la population.

De même, le mouvement inauguré en 1924 par un cycle de conférences de Rudolf Steiner sur

l'agriculture biodynamique dépassa les cercles anthroposophiques: il refusait les engrais chimiques («de l'azote mort») comme étant néfastes pour la qualité des plantes et dangereux pour l'homme. Uekötter rappelle que ces méthodes, décriées à l'époque nazie, bénéficièrent cependant du soutien de Rudolf Heß et de Heinrich Himmler, en particulier dans le petit jardin d'herbes médicinales du camp de concentration de Dachau.

Uekötter donne des exemples particulièrement intéressants pour l'époque nazie, caractérisée selon lui par les prises de position paradoxales de quelques personnalités, et surtout par un manque de cohésion avec la politique du régime. Hermann Göring interdit en 1933 les expériences scientifiques sur les animaux et dut reculer, mais seulement devant les protestations des chercheurs. Il y eut une inflation de règles administratives, dont certaines ridicules: en 1937 par exemple, l'obligation pour les délégués à la protection de la nature de recueillir des sangsues en marchant pieds nus au bord des rivières. Une règle s'imposa sans être toujours appliquée: l'intérêt général passait avant l'intérêt particulier. Il était donc possible d'exproprier sans indemnisation un propriétaire peu désireux de négocier pour créer des parcs naturels ou des zones protégées. Mais, en fin de compte, Uekötter constata que, pendant la guerre, les combats polluèrent fortement les terres et les cours d'eau. En 1945, ceux qui avaient proposé des projets de réaménagement du paysage dans les territoires occupés ou profité de «l'aryanisation» furent passibles de sanctions. Cependant, les nouvelles organisations qui prirent la place des anciennes se contentèrent souvent de changer de nom, tout en fonctionnant dans la continuité, en omettant d'effectuer un travail de retour sur le passé et en mettant dorénavant l'accent sur la *Heimat* (la petite patrie) et non plus sur la nation.

Les différents chapitres consacrés à la politique environnementale depuis 1945 présentent moins d'intérêt, sans doute parce que Uekötter consacre trop peu de place aux réflexions théoriques des partisans de l'écologie, aux changements de valeurs et de modèles ou à leur persistance. Les «nouveaux mouvements sociaux» des années 1970 sont dans le prolongement de la révolte des étudiants de 1968, en réaction contre les pères et très mobilisés contre le nucléaire. Il existe des tendances contradictoires et antagonistes chez les Verts allemands dès les élections européennes de 1979 («Realos» et «Fundis»). On peut se demander comment ils parviennent cependant à se constituer en parti et à franchir la barre des 5% pour être représentés au parlement. Les véritables gagnants des années 1980 sont les fermes, les coopératives, les boutiques qui se consacrent à l'agriculture biologique et sont issus du mouvement alternatif.

Notons, cependant, que Uekötter fait un bon résumé de la catastrophe écologique en RDA, avec l'exploitation de la lignite, les émissions de dioxyde de soufre non contrôlées et les méfaits de complexes industriels mal entretenus et vétustes. Pour se procurer des devises, la RDA crée sur son territoire des dépôts pour ordures en provenance de la RFA et de Berlin-Ouest. Ces déchets, souvent largués en dehors des espaces réservés, sont dangereux pour les nappes phréatiques. Uekötter

explique bien comment les thèmes d'environnement deviennent peu à peu un sujet sensible pour les opposants au régime, sans devenir pour autant un mouvement aussi important qu'à l'Ouest à cause de la répression menée par la Stasi. Mais, en rejoignant le mouvement des citoyens (Bürgerrechtsbewegung), ils contribuent à la chute du régime de Erich Honecker.

On ne peut reprocher à Uekötter de ne pas traiter de manière exhaustive un sujet complexe sur une période aussi étendue, du XIX^e siècle à nos jours. Dommage que la liste des abréviations soit intégrée à l'index. Mais l'ouvrage est très vivant grâce aux nombreux exemples et aux anecdotes rassemblés sur plus de 200 pages (sans compter les notes ni les annexes).

Annette Weinke, Gewalt, Geschichte, Gerechtigkeit. Transnationale Debatten über deutsche Staatsverbrechen im 20. Jahrhundert, Göttingen (Wallstein) 2016, 372 S. (Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, 19), ISBN 978-3-8353-1766-6, EUR 34,90.

rezensiert von/compte rendu rédigé par
Clément Millon, Lambersart

Voilà un ouvrage qui, documenté, appelle le lecteur à une réflexion sur de multiples aspects.

Annette Weinke, enseignante à l'université de Jena et dirigeante adjointe, dans cette ville, du Centre pour l'histoire du XX^e siècle, nous a nourris de belles études sur la recherche de justice contre les crimes commis sous le régime nazi. Dans »Die Nürnberger Prozesse«¹ ou »Eine Gesellschaft ermittelt gegen sich selbst«², elle abordait respectivement les décisions du procès de Nuremberg rendues en 1945-46 par le tribunal militaire international et le travail du centre des archives de Ludwigsburg, entre 1958 et 2008, ayant permis des mises en cause plus tardives. Cela soulevait des questions touchant à la justice internationale et à la notion de droits humains, abordés dans »Toward a New Moral World Order? Menschenrechtspolitik und Völkerrecht seit 1945«³.

Dans son dernier ouvrage, elle alimente une réflexion plus large d'un essai tiré de son travail d'habilitation. Il traite des débats internationaux sur les crimes allemands d'État commis au XX^e siècle. Cette étude souvent serrée est l'occasion d'une mise en présence des concepts de pouvoir, histoire et justice.

Mais alors que le travail se focalise sur le pouvoir étatique (voir p. 7 et 11 de l'introduction), il débute son analyse avec la conférence de La Haye et le droit pénal des gens avant la Première Guerre mondiale. C'est laisser de côté les premiers temps de l'État allemand, c'est-à-dire le Second Empire et la guerre de 1870–1871. Guillaume I^{er} est pourtant proclamé empereur au cœur de la France occupée, dans la très symbolique galerie des glaces de Versailles et grâce à une campagne militaire sur laquelle il y a beaucoup à écrire. De même, il n'est pas question des territoires colonisés par l'Empire wilhelmien, ce qui laisse de côté, notamment, la terrible histoire du Sud-Ouest africain allemand.

Cela s'explique par le point de vue du livre, dans lequel on reconnaîtra la démarche de Weinke. En effet, il ne s'agit pas d'un travail en histoire judiciaire ou de l'État, mais d'une histoire culturelle. Le point de départ de la réflexion est que, bien avant le tribunal pénal international de La Haye, l'idée

¹ Annette Weinke, *Die Nürnberger Prozesse*, Munich 2006 (C.H. Beck Wissen, 2404).

² *Id.*, *Eine Gesellschaft ermittelt gegen sich selbst. Die Geschichte der Zentralen Stelle Ludwigsburg 1958–2008. Darmstadt 2008 (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart, 13).*

³ Norbert Frei, *Toward a New Moral World Order? Menschenrechtspolitik und Völkerrecht seit 1945*, Göttingen 2013 (Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts, 15).

d'incriminer en droit international pour des crimes graves a conduit à envisager de produire des textes internationaux et d'ériger des juridictions transnationales. Il s'en est suivi près d'un siècle et demi de débats sur la possibilité d'une mise en cause de l'État pour la violence organisée par lui au cours d'un long vingtième siècle. La vie intellectuelle et le contexte culturel ne se résument pas à la question de la responsabilité de l'Allemagne après les défaites de 1918 et 1945, laquelle aurait été uniquement perçue comme cause de volonté de revanche ou débat sur la responsabilité du pays. Ainsi, Weinke rappelle (p. 39) que c'est seulement un an après la guerre franco-allemande que l'idée d'un tribunal international est discutée dans le pays. De plus, l'historienne installée à Jena – en ex-RDA – et qui s'est intéressée à la justice des faits commis sous le Troisième Reich dans les deux parties de l'Allemagne, en particulier dans »Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland«⁴, ne pouvait s'en tenir à une analyse de l'Allemagne occidentale.

Ainsi, elle fait accomplir au lecteur un singulier voyage: explorer les lieux de justice et de débats sur les crimes étatiques allemands, soit respectivement La Haye et Versailles; Washington, Nuremberg et Bonn; Bonn, Ludwigsburg et Jérusalem; Salzburg, Bonn et Berlin.

La première période débute avec les conférences de La Haye de 1899 et 1907 pour s'achever à la paix de Versailles du 28 juin 1919 et à ses conséquences. Le premier point replace les événements historiques dans l'opposition entre l'»esprit d'internationalité« (p. 33) et ses tendances contraires. Résumer les débats du droit international public, Bluntchli et Fiore en quelques pages est important, mais c'est dans les pages suivantes (p. 44–103) que l'analyse prend son envol, avec une étude du »management historique« dans la Grande Guerre, puis des clauses de Versailles et surtout un rapport des controverses autour d'Heidelberg. À la lecture d'Annette Weinke, on peut faire le constat que les débats sont encore, à cette époque, marqués par le rapport de l'Allemagne à son histoire. La question des droits humains est encore en second plan, au profit, peut-être, de la »question allemande«.

La seconde période nous emmène des limbes du crime contre l'humanité sous la plume de Raphaël Lemkin, à la condamnation de l'Allemagne nazie dans lesdits procès de Nuremberg, puis enfin aux conséquences de la naissance d'une République allemande à Bonn, censée se construire contre et en victime du nazisme et du communisme (p. 162). Si, en cette époque, la question génocidaire impose une réflexion sur les droits humains, le contexte culturel n'est pas non plus épuré de toute considération politique.

La troisième période nous fait, par conséquent, suivre la volonté de la République fédérale, des années 1950 aux années 1960, de chercher sa propre voie de prise en compte du passé nazi. Elle nous conduit ainsi de Bonn à Jérusalem en passant, bien sûr, par Ludwigsburg. C'est notamment le procès Eichmann, qui renouvelle le débat sur la justice, mais qui surtout exprime le besoin de celle-ci

⁴ Annette Weinke, Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland. Vergangenheitsbewältigung 1949–1969 oder: eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte im Kalten Krieg, Paderborn, Munich, Vienne, Zurich 2002.

face à l'ignominie de la logique du *Führerbefehl* (ordre du Führer, p. 193) face à la réalité génocidaire. Weinke s'appuie à ce propos sur une revue de l'historiographie traitant du caractère administratif et totalitaire du régime nazi.

D'un régime à un autre, la quatrième période établit un bilan de la fin de celui de l'Est de l'Europe, à travers le prisme de la fin de la RDA. Le cas est-allemand est accoude à celui de régimes autoritaires du Sud de l'Europe (Espagne, Portugal, Grèce) et de l'Amérique du Sud (Chili, Argentine, Brésil, Paraguay). Il s'agit de pouvoir évoquer les débats sur la justice transitionnelle (voir p. 259) et l'amnistie, surtout étudiée dans la politique à l'égard du passé en Allemagne dans les années 1989–1990, ainsi que du pardon, à la lumière de l'expérience sud-africaine.

Weinke veut, à travers ce travail synthétique, dépasser les perspectives. Le parti pris est d'analyser les débats doctrinaux partagés à travers les frontières allemandes. L'étude de ceux d'un large XX^e siècle, tel que le concevait un Hobsbawm, illustre combien l'objet de droit qu'était l'Allemagne au début de celui-ci, est devenue un sujet de droit. Ce droit, du *Völkerrecht* en débat au XIX^e siècle, est devenu au XXI^e siècle un ensemble de droits humains, dont la définition s'est, à travers les débats, affinée.

Mais la perspective et les débats ne sont-ils pas plus larges encore? À travers l'Allemagne et ses crimes d'État, n'est-ce pas l'histoire de ce que certains appellent l'Occident qui s'écrit, ou l'histoire de tous? Annette Weinke, pour ouvrir sa conclusion, reprend les mots du sociologue américain John Torpey (p. 316): »We are all Germans now«.

Serge Wolikow, 1936, le monde du Front populaire, Paris (Le Cherche midi) 2016, 272 p. (Documents), ISBN 978-2-7491-4902-8, EUR 17,50.

rezensiert von/compte rendu rédigé par
Elisabeth Bokelmann, Essen

Das große Interesse, das Historiker dem Regime der Volksfront in Frankreich widmen, steht nicht in Relation zu seiner Dauer. Kaum 12 Monate, von Juni 1936 bis Juni 1937, vermochte sich die Regierungskoalition unter Léon Blum im Amt zu halten. Doch ging ihre Wirkung weit über ihre faktische politische Bedeutung hinaus, griff hinaus in den ideologischen und kulturellen Bereich.

Der Autor des vorliegenden Bandes, Serge Wolikow, (geb. 1945) hat bis zu seiner Emeritierung an der Universität Burgunds in Dijon gelehrt. Seinen Forschungsschwerpunkt bildet die Geschichte der Arbeiterbewegung im Frankreich der Zwischenkriegszeit, der sozialistischen und der kommunistischen Partei und der konkurrierenden Verbände CGT und CGTU. Bei dieser wissenschaftlichen Orientierung erweist sich der Umstand als außerordentlich günstig, dass Wolikow die Vertretung Frankreichs im Internationalen Archivrat wahrnimmt und in dieser Eigenschaft Zugang zu den neuerschlossenen Beständen der Komintern in Moskau hat.

Das Buch, das er nun unter dem Titel »1936, le monde du Front populaire« vorlegt, bildet eine glückliche Ergänzung zum bisherigen Forschungsstand. Auf Grund von Akten der Kommunistischen internationale und ihrer verschiedenen Sektionen in Moskau, ebenso wie von Quellen, die in den Archiven der russischen staatlichen Behörden lagern, ergeben sich Antworten auf vormals ungelöste Fragestellungen, die der Thematik »französische Volksfront« bislang eine gewisse Rätselhaftigkeit verliehen haben. Inwieweit waren die politischen Entscheidungen der kommunistischen Partei Frankreichs, des PCF, bestimmt durch die Vorgaben aus Moskau? Welche Erkenntnisse und Vorstellungen prägten diese Vorgaben? Welche Rolle spielten für die Überlegungen der Komintern-Politiker die Vorgänge in Deutschland, wo die zerstrittenen Linksparteien es nicht vermocht hatten, den Aufstieg des Nationalsozialismus zu verhindern, und welchen Anteil hatten diese Überlegungen an der Entscheidung, dem PCF die Zusammenarbeit mit dem Mitte-Links-Spektrum zu gestatten? Wie muss, so drängte sich die Frage auf, die Politik des PCF verstanden werden, die, nachdem diese Partei den Zusammenschluss der Mitte-Links Parteien oftmals unter Aufgabe bislang propagierter Zielsetzungen so unbeirrbar vorangetrieben hatte, warum lehnte sie es dann, nach der glücklich gewonnenen Wahl im Mai 1936 ab, Anteil an der exekutiven Gewalt zu nehmen? Warum verwarf sie das Angebot Léon Blums, seiner Regierungskoalition beizutreten?

Als zentralen Aspekt unterstreicht Wolikow die Tatsache, dass es sich bei der französischen Volksfront nicht um eine rein französische Episode handelt, sondern um die französische Ausprägung

eines internationalen Geschehens, auf das Akteure der internationalen Bühne Einfluss nahmen. Der Entwicklung in Deutschland kommt dabei eine besondere Rolle zu (S. 14f). Der Autor verfolgt die Ereignisse auf zwei Ebenen, einerseits in Frankreich, wo von Beginn des Jahres 1934 an die Unruhe der Bevölkerung steigt und die Demonstrationen der Massen auf politische Lösungen drängen. Zum anderen auf der Ebene der Kommunistischen Internationale. Deutlich werden die Bestrebungen von Georges Dimitrov, dem Leiter des Westeuropa-Büros der Komintern, in Frankreich die Vereinigung der links von den Radikalen stehenden Parteien zu erreichen (S. 82ff.). Das XIII. Plenum der Kommunistischen Internationale führt schließlich den Schwenk herbei, der der Leitung des PCF den Spielraum bietet für die Zusammenführung der Parteien in Gestalt des Rassemblement populaire, der schließlich in den Front populaire mündet. Das für den gemeinsam geführten Wahlkampf beschlossene Wahlprogramm fasst die ins Auge gefassten Reformen zusammen und wird zur Basis für die spätere Regierungsarbeit, die für die Arbeitnehmer grundlegende Verbesserungen bringen soll.

Die schwierige Genese der Volksfront findet ihren Ausdruck in der Mobilisierung der Massen, die die Wahl von 1936 zu einem großen Wahlsieg für die linken Parteien werden lassen. Doch breitet sich noch vor dem Regierungsantritt des Kabinetts Blum eine umfassende Streikbewegung aus, die das öffentliche Leben zu lähmen droht. Zudem gerät die Volksfront-Regierung in den Sog der internationalen Krisen (Äthiopien, Spanien); sie scheitert im Juni 1937.

Doch damit sieht der Autor die Bedeutung der Volksfront nicht beendet. Vielmehr ließ das Zusammentreffen von Bedingungen, aus denen die Volksfront hervorging, ein ungewöhnliches politisches Experiment entstehen, dessen faktische Wirkung nicht ausschlaggebend gewesen sein mag, dessen symbolhafte Bedeutung aber langfristig nachwirkte. So erkennt der Autor einen umfassenden Wandel der französischen Gesellschaft durch die Aufbruchsstimmung, die die Vorgänge von 1936 auslösten, in den Bereichen von Kunst und Kultur, von Freizeitverhalten und Sport. Auch die Résistance schöpfte aus dem programmatischen Reservoir der Volksfront.

Zum Abschluss geht Wolikow der Frage nach, welchem Wandel in der Wahrnehmung sowohl der Historiker wie auch der öffentlichen Meinung der Begriff »Volksfront« in Frankreich in den vergangenen 80 Jahren unterlag. Im Verlauf der Zeit geriet er zur Chiffre, die für zwei Elemente stand, die Vereinigung differierender linker Kräfte und ihre programmatische Festlegung auf sozialpolitische Ziele. Die Beschäftigung mit der kurzen aber in vieler Weise entscheidenden Epoche der französischen Volksfront bleibt auf Dauer eine Herausforderung; sie zu vernachlässigen, bedeutet für Serge Wolikow, die Realität des heutigen Frankreich zu verkennen und auch »la part éminente du peuple dans l'histoire de la France« (S. 259).

Jakob Zollmann, Naulila 1914. World War I in Angola and International Law. A Study in (Post-)Colonial Border Regimes and Interstate Arbitration, Baden-Baden (Nomos) 2016, 516 p. (Studien zur Geschichte des Völkerrechts, 35), ISBN 978-3-8487-2547-2, EUR 98,00.

rezensiert von/compte rendu rédigé par
Philipp Siegert, Paris

Die umfangreiche und einem ausführlichen Quellenstudium entspringende Arbeit von Jakob Zollmann will sowohl der Entstehungs- als auch die Wirkungsgeschichte des völkerrechtlichen »Naulila«-Schiedsspruchs von 1928 nachgehen. Dieser Schiedsspruch, der eigentlich in drei Schritten getroffen wurde – 1928, 1930, 1933 –, ist ein »landmark case« des Völkerrechts und daher bis heute wirksam (S. 23). Wohl aus diesem Grund geht Zollmann ihm 100 Jahre später so detailliert nach, was mit der Aufnahme seiner Arbeit in die angesehene Reihe der »Studien zur Geschichte des Völkerrechts« honoriert worden ist.

Die Untersuchung ist dreigeteilt: Zunächst werden historischer Hintergrund und Verlauf des »Naulila«-Vorfalls behandelt (S. 31–240), im zweiten Teil geht es um das Schiedsverfahren und dessen Ergebnisse (S. 241–386); zuletzt geht der Autor auf die Wirkungsgeschichte ein (S. 387–438). Etwa die Hälfte des Buchs ist also der Darstellung des Vorfalls selbst gewidmet, bei dem die Schutztruppe Deutsch-Südwestafrikas mehrere portugiesische Forts in Angola (darunter das in Naulila) angriff. Neben der deutschen Zerstörung der Forts entstand zusätzlich ein vom König der Kwanyama, Mandume, geführter Aufstand gegen die portugiesische Kolonialherrschaft. Hierauf basierte Portugal seine Reparationsforderungen, die schon Ende 1914 erstmals gegenüber Berlin erhoben wurden (S. 185, 240).

Die ausführliche Behandlung der Vorgeschichte des Naulila-Vorfalls ist mit Bildern der Hauptpersonen sowie Fotografien diverser Anlagen und Karten der Grenzregion versehen; eine fast militärhistorische Studie. Die Lektüre ist zwar faszinierend, für das Ziel der Untersuchung allerdings vielleicht schon zu detailliert – nicht alles ist der späteren Darstellung des Rechtsstreits nützlich, um die es laut Titel eigentlich geht (z. B. die Steuerpolitik in Angola, S. 80–84, oder die Nahrungsmittelbeschaffung für Deutsch-Südwestafrika, S. 101–116). Der Autor kündigt allerdings sein über die Rechtsgeschichte hinausgehendes Interesse auch an (S. 29).

Informationsgesättigt erfährt der Leser ab S. 117, was der Naulila-Vorfall war: Dort waren deutsche Staatsangehörige getötet bzw. gefangen genommen worden, woraufhin die Schutztruppe die Zerstörung portugiesischer Forts in Angola unternahm. Ziel war einerseits eine Retorsion für die Tötungen, andererseits die Freilassung der Gefangenen. Die portugiesische Regierung hielt das

deutsche Vorgehen für illegal und unverhältnismäßig, und während die deutsche Seite die völkerrechtliche Zulässigkeit der Maßnahmen behauptete, bestand Lissabon auf deren Völkerrechtswidrigkeit. Vor allem aber sei der Kwanyama-Aufstand eine direkte Konsequenz – sogar Absicht – des deutschen Vorgehens gewesen, der für Portugal finanziell ungleich schwerer gewogen hatte (S. 249). Nach Kriegsende sollten diese Lasten auf das Deutsche Reich abgewälzt werden, weswegen Portugal ein Schiedsverfahren anstrebte, für das der Versailler Vertrag den Raum öffnete (S. 257–258).

Im zweiten Teil der Arbeit geht es um die Rechtsfragen, die in diesem Schiedsverfahren verhandelt wurden. Portugal war auch deswegen besonders proaktiv, weil a) der Staatshaushalt im Argen lag und b) der Anteil an den Reparationen aus dem Versailler Vertrag sehr gering war (unter 1%, S. 257). Das Hauptziel Lissabons lag in der Zurechnung der Aufstandsschäden zur deutschen Verantwortlichkeit (S. 250), sodass diese – neben den tatsächlich von Deutschen vorgenommenen Zerstörungen – zu den »Neutralitätsschäden« gezählt werden sollten (der Kriegszustand zwischen Deutschland und Portugal trat erst 1916 ein). Damit strebte Portugal die Durchsetzung von Zahlungsforderungen außerhalb der Reparationsquoten an.

Der Rechtsstreit, der von 1919 bis 1928/33 vor dem als Schiedsrichter eingesetzten Schweizer Juristen Aloïs de Meuron ausgetragen wurde (später waren es drei Schiedsrichter), war von divergierenden Auffassungen mehrerer Begriffe geprägt, darunter der Staatszugehörigkeit und Rechtsfähigkeit Einheimischer (S. 325, 329–334), der Kriegsnotwendigkeit im Völkerrecht (S. 305) oder der Angemessenheit von Retorsionsmaßnahmen (S. 297). Hinzu kam der Streit darum, was als »direkte« Schäden gelten konnte (>indirekte« Schäden erlaubten keine Reparationsforderungen), und namentlich den Aufstand ordneten die portugiesische und deutsche Seite hier gegensätzlich ein. Auch über die Frage einer generellen Schuldhaftung wurde gestritten: Portugal forderte für den behaupteten Völkerrechtsbruch durch Deutschland eine pauschale Strafzahlung i. H. v. 2 Milliarden Goldmark. Die Forderungen und wichtigsten Argumente der beiden Seiten fasst J. Zollmann analytisch und verständlich zusammen (S. 346–353).

Ebenso analytisch und verständlich ist die Darstellung des dreigeteilten Schiedsspruches. Der Entscheidung von 1928 über die Begründetheit der Forderungen (S. 355–374) folgte diejenige von 1930 über die Höhe der zu leistenden Entschädigung (S. 374–383) und letztlich die von 1933 über die Ausführung der Zahlung (S. 383–386). Dabei zeichnet Zollmann sehr gut nach, wie sich das Kräfteverhältnis zwischen 1919 (Versailler Vertrag) und 1930 (Reparations-Übereinkommen von Den Haag) verschoben hatte. Letztlich erhielt Portugal durch den Schiedsspruch weniger als 1% dessen, was es gefordert hatte (und damit auch deutlich weniger, als die deutsche Seite bei Ausgleichsverhandlungen unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg angeboten hatte, S. 377). Zudem gingen diese Zahlungen durch das Haager Übereinkommen von 1930 in den »normalen«

Reparationen auf, was die portugiesische Hoffnung zunichte machte, außerhalb dieses Rahmens etwas zusätzlich erhalten zu können (S. 441).

Abschließend geht Zollmann der Wirkungsgeschichte von Naulila in zweierlei Hinsicht nach. Zum einen stellt er den (gedenk-)politischen Umgang in Portugal und im Deutschen Reich nach 1918/1919 sowie die Stellung von Naulila – und König Mandume – in der Konstruktion von Nationalgeschichte in Angola und Namibia nach der Dekolonialisierung (S. 403–438). Zum anderen thematisiert er die Rechtsfortbildung durch den Schiedsspruch. Dieser wurde ungewollt zu einem Schulfall des Völkerrechts, insbesondere hinsichtlich des Begriffsgehalts von »Verhältnismäßigkeit« (S. 397–398). Ironischerweise war gerade dies ein Kritikpunkt der deutschen Seite, obwohl der Begriff selbst dem deutschen Recht entnommen worden war (S. 392). Den Bezug zur Aktualität stellt Zollmann ebenfalls her: Das vom Naulila-Schiedsspruch geprägte Verständnis von Verhältnismäßigkeit taucht in Völkerrechtsfällen bis heute in den verschiedensten Zusammenhängen auf – so z. B. zur Frage der Androhung nuklearer Angriffe (Gutachten des Internationalen Gerichtshofes von 1998) oder zuletzt im Entschädigungsstreit zwischen Eritrea und Äthiopien von 2007 (S. 402).

Mit seiner Untersuchung hat Jakob Zollmann ein dickes Brett angebohrt. Der Quellenreichtum und der weite Kreis berücksichtigter Literatur aus diversen Disziplinen belegen das. Auch sprachlich ist die Arbeit gelungen. Sie bietet alles, als der Titel verspricht, und der Leser ist nach der Lektüre über viele Aspekte eines bis heute wirksamen Stücks Kolonial- und Rechtsgeschichte ausgiebig und fundiert informiert.